



GENDER MATTERS!

GESCHLECHTER IN SORGE: **WER KÜMMERT SICH?**

Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit — Nr. 2

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**



FOKUS **Geschlechter in Sorge: Wer kümmert sich?**

EDITORIAL

wir freuen uns, Ihnen den zweiten Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) präsentieren zu können. Er soll Ihnen spannende Lektüre sein und über die konkrete Arbeit der FES im Themenbereich Geschlechtergerechtigkeit berichten. Die Koordination und Redaktion dieser Ausgabe von „Gender Matters!“ wurde von Franziska Korn, Referentin im „Forum Politik und Gesellschaft“, übernommen.

SEITE 03

„Man kann nicht immer schneller pflegen“

Deutschland misst seine Pflegearbeit an der Industriearbeit. Sie soll genau wie die industrielle Produktion nach den Prinzipien der Rationalisierung und Kostenminimierung funktionieren.

SEITE 04

Die doppelte Verniedlichung: CARE-Arbeit in Deutschland

Sie ist eine beliebte Figur in Romanen und Filmen: die Mutter, Mitte 50, die bisher Kinder aufgezogen, den Haushalt geführt und vielleicht noch Omi gepflegt hat.

SEITE 07

Am Ende der Sorgekette

80 Millionen Hausangestellte weltweit sind Migrant_innen. Aber wer sorgt für sie und ihre Kinder? Und warum taucht in den internationalen Sorgebeziehungen eigentlich kein Mann auf?

SEITE 11

„Eine opferbereitere Frau hätte ich nicht finden können“

150 Jahre SPD: Auch der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, August Bebel (1840 bis 1913), unterschätzte die Wirkung der Aufteilung von Männer- und Frauenarbeit, sagt die Historikerin Karin Hausen.

SEITE 20

RÜCKBLICK

Gemeinsam Gewalt gegen Frauen stoppen! Ende 2012 wurde in Neu Delhi eine ...
Geschlechtergerechte Arbeitswelt? Frauen sind gegenüber Männern in der Arbeitswelt ...
Jetzt reden wir! Wer politisch aktiv ist, weiß, wie wichtig es ist, seine Interessen ...
Diskursive Räume schaffen! Auch wenn aktuell der Eindruck entstehen könnte, ...
Wie mit Homophobie Politik gemacht wird. Die Würde des Menschen ist unantastbar ...
Wann ist der Mann ein Mann? Während sich die vielen möglichen Rollen und ...
Geschlechtergerechtigkeit in Südostasien Im November 2007 verabschiedete der ...
Wahlen in Ostmitteleuropa – gendergerecht oder nicht? Nicht nur wer wählen darf, ...
Einsam an der Spitze Die verbindliche Frauenquote ist durch die Ablehnung der ...
Die EU-Krise aus feministischer Perspektive Welche europäische Stadt wäre besser ...
Internationaler Frauenmonat in Zentralamerika Am 8. März, dem internationalen ...

SEITE 22

PUBLIKATIONEN

SEITE 45

TERMINE

SEITE 47

WIR MACHEN GENDER!

Wer „macht“ eigentlich Gender in der Friedrich-Ebert-Stiftung?

Genderbezogene Promotionsprojekte

SEITE 49

IMPRESSUM

SEITE 53

Editorial

Liebe Leser_innen,

wir freuen uns, Ihnen den zweiten Infobrief zur geschlechterpolitischen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) präsentieren zu können. Er soll Ihnen spannende Lektüre sein und über die konkrete Arbeit der FES im Themenbereich Geschlechtergerechtigkeit berichten. Die Koordination und Redaktion dieser Ausgabe von „Gender Matters!“ wurde von Franziska Korn, Referentin im „Forum Politik und Gesellschaft“, übernommen.

Der Infobrief erscheint online auf Deutsch und Englisch sowie in begrenzter Auflage auch als Printversion. Auf Nachfrage schicken wir Ihnen gern ein gedrucktes Exemplar zu. Der Infobrief kann ebenfalls als ePub herunter geladen werden.

Das Fokusthema dieser Ausgabe widmet sich der Care-Arbeit. Die unbezahlte oder unterbezahlte Sorgearbeit, die weltweit vor allem von Frauen geleistet wird, ist das Fundament unserer Wirtschaft. Ohne die grundlegende Versorgung, ohne das Kümmern um Kinder, Kranke und Alte ist unser Wirtschaftssystem nicht denkbar. Warum wird diese Arbeit gar nicht oder nur schlecht bezahlt? Können wir uns das noch leisten, wenn der sogenannte Familienernährer, der für seine Frau mitverdient, immer seltener wird? Die Bezahlung von Hausarbeit ist keineswegs vom Tisch, sagt die Ökonomin Dr. Mascha Madörin in unserem Interview. Sie erklärt auch, warum professionelle Pflegearbeit unterbewertet ist – und was man dagegen tun könnte.

Nicht nur die unterschätzte professionelle, sondern auch die private Sorgearbeit kann sichtbar gemacht und dann umverteilt werden, stellen wir in unserem Einführungstext „Die doppelte Verniedlichung“ fest. Würde man etwa die Erwerbsarbeit aller Eltern verkürzen, bliebe auch den Vätern genug Zeit für Kinder und Haushalt. Und auf der professionellen Ebene könnte die Pflegearbeit besser organisiert und bezahlt werden. Etwa wie in Schweden, wo die Menschen im Gegensatz zu Deutschland keine Angst vor dem Alter und der Pflegebedürftigkeit haben.

Die Sorgearbeit macht vor Ländergrenzen nicht halt. Je weniger Zeit Frauen in reicheren Ländern dafür haben, desto mehr Frauen aus ärmeren Ländern werden beschäftigt. Das Kümmern wird damit nicht auf Männer umverteilt, sondern fällt erneut auf Frauen zurück. Doch wie sieht der Alltag dieser Frauen aus? Wer garantiert ihnen angemessenen Lohn und annehmbare Arbeitsbedingungen? Und was passiert überhaupt mit ihren Kindern in den Heimatländern? Diesen Fragen gehen wir im Beitrag „Am Ende der Sorgekette“ nach.

Passend zum 150-jährigen Jubiläum schließen wir unsere Rubrik **FOKUS** mit einem historischen Thema: Wie hat der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, August Bebel, auf die Sorgearbeit geblickt? Die Historikerin Prof. Karin Hausen macht im Interview einen gewaltigen Unterschied zwischen Theorie und Praxis aus.

Unabhängig von unserem Schwerpunktthema erhalten Sie in unserer Rubrik **RÜCKBLICK** wie im letzten Infobrief einen Überblick über die geschlechterpolitische Arbeit der FES im In- und Ausland der letzten Monate. Neue **PUBLIKATIONEN** haben wir in der entsprechenden Rubrik für Sie zusammengestellt. In der Sparte **TERMINE** sind unsere Veranstaltungen mit Genderbezug für die nächsten Monate aufgelistet. Und unter **WIR MACHEN GENDER** möchten wir Ihnen die Menschen vorstellen, die in der FES für die Themen Gender und Geschlechtergerechtigkeit stehen. Nachdem der Geschäftsführer Dr. Roland Schmidt, stellvertretend für die gesamte Stiftung, den Anfang gemacht hat, geben wir Ihnen diesmal Einblicke in die Arbeit des Referats „Forum Politik und Gesellschaft“, in dem gleichstellungs- und geschlechterpolitische Themen in der FES angesiedelt sind.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und würden uns freuen, Sie bei unseren geschlechterpolitischen Veranstaltungen zu begrüßen.

Gern können Sie uns Ihre Rückmeldungen und Anregungen zum Gender-Infobrief unter FES.genderkoordination@fes.de mitteilen.

Bettina Luise Rürup
Leiterin des Referats „Forum Politik und Gesellschaft“
Zentrale Genderkoordination in der Friedrich-Ebert-Stiftung



Die Ökonomin Mascha Madörin blickt kritisch auf das deutsche Gesundheitssystem – Foto: Stefan Pangritz

„MAN KANN NICHT IMMER SCHNELLER PFLEGEN“

Deutschland misst seine Pflegearbeit an der Industriearbeit. Sie soll genau wie die industrielle Produktion nach den Prinzipien der Rationalisierung und Kostenminimierung funktionieren. Das geht aber nicht, sagt die Schweizer Ökonomin Mascha Madörin, und verweist auf die Alternativen in Skandinavien.

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES): Frau Madörin, Sie haben aufgelistet, was es in der Schweiz kosten würde, wenn man alle unbezahlten Arbeiten bezahlen würde. Was kam dabei heraus?

Mascha Madörin: Das Bundesamt für Statistik rechnet dies regelmäßig aus. Es geht um unglaublich viel, obwohl die Arbeitskosten, die man als Vergleich für die monetäre Bewertung der entsprechenden unbezahlten Arbeiten heranzieht, relativ niedrig sind. Die insgesamt berechneten Arbeitskosten belaufen sich auf über 120 Prozent der Bruttoeinkommen von Lohnabhängigen. Das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz betrug im Jahr 2010 rund 574 Milliarden Franken, das regulär ausgewiesene Arbeitnehmer_innenentgelt 337 Milliarden und der Wert des Arbeitnehmer_innenentgelts für die unbezahlte Arbeit 413 Milliarden Franken. Unglaublich viel also.

FES: Wozu nützen solche Zahlen?

Madörin: Um den Wert der unbezahlten Arbeit sichtbar zu machen und makroökonomische Wirkungszusammenhänge zu analysieren. Ich selbst, die ich seit Jahren über unbezahlte Arbeit nachdenke und forsche, habe mich völlig verschätzt. Ich kam nur auf die Hälfte des Zeitvolumens und des Wertes. Seit diese Zahlen erhoben und veröffentlicht werden, ist es in der Schweiz einfacher, über die unbezahlte Arbeit zu reden. Vor allem auch, weil wir über Milliarden Franken reden können.

FES: Was folgt daraus politisch? Sollen Frauen nun Lohn für Hausarbeit fordern?

Madörin: Diese Frage ist für mich nicht vom Tisch. Wir brauchen eine neue Debatte: Welche Arbeit sollte zukünftig bezahlt werden, welche soll in öffentliche Einrichtungen verlagert werden wie Kindertagesstätten oder die ambulante Pflege?

FES: Der Ökonom Gary Becker sagt, dass die häusliche Arbeitsteilung ganz rational sei: Der Mann spezialisiert sich aufs Geldverdienen, die Frau auf die Hausarbeit. Beide profitieren davon.

Madörin: Wenn man Rationalität nur als Maximierung des Haushaltseinkommens versteht, stimmt das auch. Frauen verdienen in der Regel weniger als Männer. Wenn Frauen erwerbstätig sind, Kinderbetreuung zu einem großen Teil bezahlen, Lohnsteuern zahlen und eine ordentlich bezahlte Putzkraft einstellen, dann lohnt sich für weit über 60 Prozent der Frauen die Erwerbsarbeit tatsächlich nicht mehr. Jedenfalls, wenn es ums Geldverdienen geht. Becker geht aber von einer symbiotischen Paarbeziehung aus – als wenn es keine Interessenskonflikte gäbe, besonders in Sachen Einkommen und Arbeitszeit. Auch die Frage des Machtgefälles ist nicht gelöst. Und Becker geht davon aus, dass Frauen unbezahlt zu Hause arbeiten wollen. Ich aber, zum Beispiel, habe nie gern Hausarbeit gemacht.

FES: Die bezahlte Care-Arbeit, etwa in der Pflege, ist auch oft nicht einträglich. Warum wird da so schlecht bezahlt?

Madörin: Ich habe die Lohnniveaus verschiedener westeuropäischer Länder im Gesundheitssystem mit denen der Industrie verglichen. Deutschland fällt dabei besonders auf: Es hat die vergleichsweise niedrigsten Löhne. In der Schweiz und den Niederlanden sind sie besser – noch. Denn in der Pflege kommt es immer stärker zu einer Art Taylorisierung, einer extremen Arbeitsteilung. Das hat erlaubt, die Löhne für einen Teil der Pflegenden, die scheinbar weniger qualifizierte Arbeit machen, enorm zu drücken. Es führt auch dazu, dass diese Berufe nicht geachtet werden. Das alles wurde unter dem Etikett „Das Gesundheitswesen ist zu teuer und zu wenig effizient“ abgehandelt.

FES: Ich als zukünftiger Pflegefall kann mir aber die deutschen Pflegekräfte trotzdem nicht leisten.

Madörin: Das liegt daran, dass die Care-Arbeit nicht beliebig billiger werden kann, ja sogar im Vergleich zur Güterproduktion teurer werden muss. Es ist eine personenbezogene Dienstleistung. Ich soll einerseits möglichst schnell arbeiten, andererseits stehe ich in einem Kommunikationsprozess, der Zeit braucht. Und da gibt es eine Grenze der Rationalisierung und Automatisierung, anders als bei Gütern, die durch den Einsatz von Maschinen und Computern immer billiger werden. Man kann eben nicht immer schneller pflegen, es sei denn, die Pflegeleistungen werden noch weiter rationiert oder noch schlechter bezahlt. Aber auch so wird auf Dauer die Pflege im Vergleich zu Autos teurer. Man nennt das den „Baumol-Effekt“ nach dem Ökonomen William J. Baumol: Je größer die Produktivitätsfortschritte im produzierenden Gewerbe sind, desto teurer wird das Gesundheitswesen, in dem die Arbeitskosten einfach hoch sind. Er nennt es „Cost Disease“, die Kostenkrankheit im Gesundheitswesen.

FES: Führt „Cost Disease“ zwangsläufig in die internationale Arbeitsteilung? Die polnische Pflegekraft in deutschen Rentner_innen-Haushalten?

Madörin: Deutschland hat viel zu wenig eigene Pflegekräfte ausgebildet, wie auch die Schweiz. Ein weiterer Grund für den Personal-mangel ist, dass die Arbeitsbedingungen so schlecht sind, dass die Beschäftigten schneller den Beruf wechseln als in anderen Branchen. Weil die Schweiz bessere Bedingungen bietet, gehen viele deutsche Pflegekräfte in die Schweiz. Und Deutschland importiert dann Pflegekräfte aus Osteuropa. Das ist ein Dominoeffekt, der sich rund um die Welt fortsetzt. Der Grund dafür ist, dass Pflege im eigenen Land zu schlecht bezahlt wird.

FES: Ist diese Dominokette denn so schlecht? „Die Polinnen“ freut es, einen relativ gut bezahlten Job zu haben.

Madörin: Eine international vergleichende Studie zeigt: Je schlechter die Pflege abgesichert ist und je weniger sie die Unterstützung im Alltag gewährleistet, umso höher ist der Anteil der Schwarzarbeit; denn die Leute können sich keine höheren Pflegekosten leisten, wenn es die Versicherung nicht bezahlt. Für diese Löhne würde keine deutsche Kraft arbeiten. Es gibt nur eine Lösung dafür: Es

muss eine Kranken- oder Pflegekasse geben, die angemessene und faire Löhne für eine umfassende Pflege finanziert. Schweden wendet beispielsweise für die obligatorische Bezahlung der Altenpflege insgesamt etwa zehnmal mehr Geld auf als Deutschland. Das bedeutet auch, dass es mehr anständig bezahlte Arbeitsplätze gibt. Damit gibt es auch mehr Steuer- und Sozialversicherungseinkommen, stabile Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Die Kosten für die obligatorische Krankenversicherung müssen steigen.

FES: Aber muss es denn schlecht sein, dass eine Polin auf dem deutschen Markt ein Einkommen erzielt, das sie in Polen gut leben lässt? Das kann sie ja innerhalb der EU auch legal tun.

Madörin: „Die Polin“ profitiert auch davon, wenn die Arbeitsbedingungen besser sind. Es ist wichtig, sich für eine Regulierung der Arbeitsverträge und gute Löhne einzusetzen, die auch den hohen Anforderungen der Pflege, Betreuung und Begleitung von Kranken zu Hause entsprechen.

FES: Verstärkt das neoliberale Regime die Krise der Pflegeberufe?

Madörin: Ja, eindeutig. Der Ansatz der Neoliberalen war: Die Pflege und das Gesundheitssystem sind zu teuer, weil sie staatlich organisiert sind; man muss marktförmige Abgeltungssysteme erfinden, einen Wettbewerbsdruck einführen und dann werden die Kosten sinken. Das ist allerdings nirgends eingetreten. Das Credo war, dass die „zu hohen“ Kosten des Gesundheitssystems eine Frage mangelnder Effizienz seien.

FES: Meinen Sie so etwas wie die Fallpauschalen, die in der Medizin eingeführt wurden?

Madörin: Nicht nur, aber sie sind ein gutes Beispiel für diesen absurden Ansatz: Die Fallpauschalen beruhen eigentlich auf einem industrialistischen Konzept der Arbeitsorganisation. Wir haben heute durch die im Detail definierten Leistungspauschalen in den Krankenhäusern staatlich kontrollierte Produktionsprozesse. Das hätte auch die DDR erfinden können. Das hat mit Markt gar nichts zu tun. Aber es ist neoliberal begründet worden, weil das Kosten- und Effizienzargument irgendwie allen einleuchtet, auch den Linken. Ähnliche Mechanismen gibt es auch im Abgeltungssystem außerhalb der Spitäler wie beispielsweise bei Palliative Care und bei den Zeitpauschalen, die für die Pflege zu Hause durch Versicherungen gedeckt sind.

FES: In Deutschland ist die Pflegeversicherung eine Art Teilkaskoversicherung. Sie geht davon aus, dass zu Hause jemand mitpflegt. Ist das eine gute Idee?

Madörin: Nein. Es stellt sich die Frage, welche Leistungen versichert und wie die Tarife berechnet sind. In der Schweiz beispielsweise wird die Grundpflege viel zu schlecht vergütet, mit niedrigen Tarifen und knappen Zeitbudgets. Und die Betreuung im Alltag, der Gang zum Arzt, zur Ärztin und zum Amt, Hilfstätigkeiten – das alles ist gar nicht versichert. Faktisch ist es so, dass Frauen ihre Männer pflegen – oder das Vermögen verbrauchen, indem sie die Pflege bezahlen. Wenn sie selber dann gebrechlich sind, ist kein Geld mehr da und es gibt oft auch niemanden, der oder die sie unbezahlt

pflegen kann. Deshalb sind Frauen in der Schweiz im Schnitt drei Jahre im Pflegeheim, Männer aber nur ein Jahr.

FES: Das heißt, neben der expliziten Unterbezahlung von Frauen gibt es auch noch implizit frauenfeindliche Strukturen?

Madörin: Genau. In guter alter Tradition verlagert man die Care-Kosten auf Frauen und billigt der Care-Ökonomie keine eigene Logik zu. Aber es ginge auch anders, sogar ohne dass der Kapitalismus zusammenbricht. Schweden zum Beispiel ist volkswirtschaftlich ähnlich gut aufgestellt wie die Schweiz. Und in Schweden geht es den Frauen einfach besser: was die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern angeht, die Erwerbsquote, die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Die Schwedinnen haben da viel bessere Bedingungen und sind gleichgestellt als die Frauen in der Schweiz – ganz zu schweigen von Deutschland.

FES: In Deutschland möchte man die Kosten niedrig halten, weil die Versicherungen zum Teil von den Arbeitgeber_innen bezahlt werden. Es wurde verzweifelt versucht, die Lohnnebenkosten zu senken. Das kann man doch nachvollziehen, oder?

Madörin: Wir brauchen aber gute Pflege, und die muss auch etwas kosten! Wenn Schweden das machen kann, wenn die Niederlande das machen können – warum in aller Welt können die Schweiz und Deutschland es nicht? Wenn Sie Ihre Lohnnebenkosten senken wollen, dann müssen Sie die Sozialleistungen eben über Steuern finanzieren. Das wird in Schweden auch so gemacht.

FES: Der Sozialstaat gilt als teuer und ineffizient. Und jetzt soll noch mehr Geld in Pflege investiert werden?

Madörin: Sozialstaat ist ein irreführender Sammelbegriff. Alles was der Staat an Geld ausgibt, das nicht für Infrastruktur, Militär, Administration und Diplomatie bestimmt ist, ist angeblich Sozialstaat. Das ist es nicht. In der Sozialstaatsdebatte wird das Gesundheitswesen nur aus der Kostenperspektive gesehen. Wenn ich einem Arbeitslosen Geld gebe: das ist Sozial- respektive Umverteilungsstaat. Aber wenn ich ein Gesundheitswesen finanziere, das sonst gar nicht existieren kann, ist das nicht Sozialstaat, sondern eine Dienstleistung, welche vom Staat angeboten oder mindestens finanziert wird.

FES: Warum strahlen die Beispiele aus Skandinavien nicht bis zu uns aus? Warum debattiert hier kaum jemand darüber?

Madörin: Das möchte ich auch gern wissen, vor allem was Deutschland betrifft. Die Schere zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern geht auseinander, auch gegenüber der Schweiz und Österreich, wenn man die üblichen sozialen Standards vergleicht: Ausgaben pro Schüler_in, qualifizierte Pflegekräfte pro Patient_in und so weiter. Ich finde den deutschen Weg verwunderlich. Die Gewerkschaften waren immer viel stärker als in der Schweiz, sie konnten viel mehr durchsetzen, der Sozialstaat war besser ausgebaut, die Frauenförderung ist stärker. Und trotzdem ist in Deutschland die Politik in Sachen Care-Ökonomie sehr traditionell. Die menschenbezogene Erwerbsarbeit ist schlecht bezahlt und wird immer mehr rationiert und die Zeit für unbezahlte Arbeit knapper. Der unterfinanzierte Care-Sektor ist ein Teil des Gefüges, das Gleichstellung verhindert. Deshalb schneidet Deutschland in Sachen Gleichstellung europaweit so schlecht ab.

Mascha Madörin, promovierte freischaffende feministische Wirtschaftswissenschaftlerin, beforscht und lehrt seit Jahren die Themen Care-Ökonomie, Entwicklungsökonomie und Menschenrechte in der Ökonomie. Sie war unter anderem an der großen UN-Studie zum Thema „Political and Social Economy of Care“ (2006 bis 2009) beteiligt.

*Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:
CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>*



Die ehemalige Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und Geschlechterforschung der FES, Barbara Stiegler, auf der Veranstaltung „Who cares? And how?“ – Foto: Michael Ebner

DIE DOPPELTE VERNIEDLICHUNG: CARE-ARBEIT IN DEUTSCHLAND

Sie ist eine beliebte Figur in Romanen und Filmen: die Mutter, Mitte 50, die bisher Kinder aufgezogen, den Haushalt geführt und vielleicht noch Omi gepflegt hat. Nun, nachdem der Ehemann ihr eine Geliebte gebeichtet hat, fragt sie sich, ob das alles gewesen sein soll.

Zeit, sich selbstständig zu machen. Sie muss dann feststellen, dass Jahrzehnte von Arbeit aus Liebe, die schon von ihrer Familie nicht honoriert wurden, keinen Wert auf dem Arbeitsmarkt darstellen. Im Buch oder Film findet sie nun originelle Lösungen, wird plötzlich berühmt mit einem Buch über ihre Misere, findet einen ungewöhnlichen Arbeitsplatz oder erbt ein Haus in Südfrankreich – und trifft auch noch einen umwerfenden neuen Mann. So weit die Fiktion.

In der Realität haben wir es mit einem Care-Dilemma zu tun, dem Dilemma der Sorgearbeit. Frauen leisten jahrelang unbezahlte Arbeit – und stehen danach mit leeren Händen da. Und so wünschenswert es ist, dass Frauen individuell aus diesem Dilemma herausfinden wie im Kino – besser wäre es, unser Gesellschaft würde die Strukturen ändern, die es hervorrufen. Denn das Individuum Mutter hat sich ja ganz gesellschaftskonform verhalten. Sie hat Kinder aufgezogen, geputzt, gespült, gekocht und gewaschen, hat die Kinder zum Sport gefahren, am Rand des Sportplatzes gejubelt oder getröstet und dann wieder eingekauft, gekocht und so weiter. All diese Tätigkeiten aber hat ihr niemand bezahlt. Klar, sie war über ihren Mann versorgt. Aber hätte er ihre Arbeit bezahlen müssen – es wäre sehr viel ungekocht, ungeputzt und unbejubelt geblieben. Denn das wäre richtig teuer geworden.

Der erste Schritt zur Änderung von Strukturen ist die Analyse. Wie viel unbezahlte Arbeit leisten die Frauen, wie viel die Männer? Das fragen sich auch viele feministische Ökonom_innen, die interessiert, dass Frauen so viel zum Wohlbefinden einer Gesellschaft beitragen,

dies aber nirgendwo erscheint und gewürdigt wird. So haben sie Zeitbudgetstudien ausgewertet und versucht, den Wert der weiblichen Arbeit zu ermitteln. In Deutschland erhebt das Statistische Bundesamt gerade eine neue Zeitverwendungsstudie. Die aktuell erhältliche stammt von 2003. Danach haben im Jahr 2001 Frauen 31 Stunden pro Woche unbezahlt gearbeitet und 12 Stunden bezahlt. Die Männer dagegen arbeiteten 19,5 Stunden unbezahlt und 22,5 Stunden bezahlt.

Wie das im Einzelnen aussieht, kann man einer OECD-Studie von 2011 entnehmen: Danach stehen Frauen 126 Minuten am Tag in der Küche oder putzen. Männer verbringen 31 Minuten mit diesen Arbeiten.

Würde man die unbezahlte Arbeit mit marktüblichen Löhnen bedenken, so das Statistische Bundesamt, ergäbe das eine Summe von 820 Milliarden Euro, fast 40 Prozent des Bruttoinlandprodukts – so viel wie produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe und Verkehr zusammen erzeugen. Berücksichtigt man noch den entfallenen Lohn einer Gehirnchirurgin, die Kinder hütet, also die sogenannten Opportunitätskosten, wird es erheblich mehr.

Solche Zahlen können wichtig sein. Nicht nur, weil man „das bisschen Haushalt“ nicht mehr kleinreden und über eine Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern nachdenken kann. Es wirft auch ein neues Licht auf die Einkommenssituation von Paaren und Familien. Sieht man allein das

Haushaltseinkommen, dann steht ein Paar mit der traditionellen Rollenverteilung unter Umständen gar nicht so schlecht da – weil die unbezahlte Arbeit der Frau überhaupt nicht als Kostenfaktor auftaucht. Würde nun aber die Frau berufstätig und kaufte von ihrem Lohn Betreuungsleistungen und Putzhilfen, dann hätte das Paar vielleicht nicht viel mehr Geld zur Verfügung, doch drei Menschen mehr würden am Wirtschaftskreislauf teilnehmen und das Bruttoinlandsprodukt sowie die Staatseinnahmen erhöhen. Und schließlich wird die Arbeit der Frau dann bezahlt, was zu einem höheren Wohlbefinden beitragen kann.

Solche Verschiebungen werden sichtbar, wenn man die unbezahlte Arbeit mitberechnet. Nicht zuletzt machen diese Zahlen eine historische Entwicklung deutlich: Galt vor der Industrialisierung der bäuerliche Haushalt als Ganzes als Betätigungsfeld von Männern und Frauen, so wurden die weiblichen Tätigkeiten im Haus mit der Industrialisierung abgewertet. Wichtig war nur noch, was Geld brachte, und das war die Haushaltsproduktion nun nicht mehr.

Bezahlte Care-Arbeit: Sackgassenberufe

Die Unterbewertung von „Care“-Arbeit, der Sorgetätigkeiten im Dienst an Menschen, an Kindern, Kranken und Alten, macht auch vor der bezahlten Arbeit nicht halt. Es wurde spezialisiert und hierarchisiert. Der Arzt und die Krankenschwester sind das Paradebeispiel dafür: Er gut ausgebildeter Spezialist, sie in einem dienenden Beruf, den sie jederzeit für den Dienst an der Familie zu verlassen bereit ist. „Bis heute“, schreibt etwa die Familiensoziologin Uta Meier-Gräwe in einem Fachaufsatz, „sind verberuflichte Dienstleistungsberufe, die verschiedene Formen von generativer Sorgearbeit zum Inhalt haben, Sackgassenberufe – immer noch schlecht bezahlt, repetitiv, oft als weibliche Zuverdienst- und Helferinnenberufe strukturiert und ohne nennenswerte Entwicklungschancen“.

In der Pflegewirtschaft kumulieren die unbezahlten und die bezahlten Care-Arbeiten: Fast 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt, von diesen wieder fast 70 Prozent durch Angehörige. Fast drei Viertel dieser Angehörigen sind weiblich. Sie erhalten die sehr niedrigen Pflegegeldsätze von 235 (Pflegestufe I) bis 700 Euro (Pflegestufe III). Für Demenzkranke, die man eigentlich rund um die Uhr betreuen muss, gibt es lächerliche 200 Euro (Pflegestufe 0). Die Sozialwissenschaftlerin Dr. Barbara Stiegler, die bei der Tagung „Who cares? And how?“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin den Impulsvortrag hielt, nennt das: „ein Taschengeld“.

Diese doppelte Verniedlichung von Sorgearbeit (bezahlter wie unbezahlter) steht in einem grotesken Missverhältnis zu ihrer gesellschaftlichen und ökonomischen Notwendigkeit. Der Homo oeconomicus ist, wie die Soziologin Julie Nelson es in Anlehnung an Thomas Hobbes nennt, als „Mushroom Man“ konstruiert: als wüchse er fertig aus dem Boden. Als hätte ihn niemand aufgezogen, versorgt und gepflegt. Mit anderen Worten: Die Sorgebeziehungen finden in der Marktwirtschaft zu einem sehr großen Teil im Unsichtbaren statt – obwohl die Marktwirtschaft ohne die versorgten, aufgezogenen, gepflegten Menschen nicht existieren könnte.

Können wir daran etwas ändern? Ja! Wir können uns bemühen, die unbezahlte Arbeit gerechter zu verteilen. Damit Care-Arbeit in Zukunft

für beide Geschlechter ganz selbstverständlich zum Lebenslauf gehört, muss es möglich werden, Erwerbs- und Sorgearbeit im Lebensverlauf zu vereinbaren, ohne negative Folgen für die Berufslaufbahn, ohne Einbahnstraßen und Sackgassen. Das Elterngeld mit den Partnermonaten war ein richtiger Schritt in diese Richtung, doch was kommt dann?

Im Rahmen des Projektes „Familienarbeitszeiten“ erarbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung zurzeit das von Eltern dringend benötigte Anschlussstück: die „kleine Familienvollzeit“. Das Modell sieht vor, dass Eltern, die gemeinsam ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden reduzieren, eine Lohnersatzleistung erhalten. Dahinter steckt die Idee, Sorgearbeit aufzuwerten, ohne Menschen in biografische Sackgassen zu locken. Die kleine Familienvollzeit wurde konzipiert als Alternative zu der (meist weiblichen) kleinen Teilzeit und der (meist männlichen) überlangen Vollzeit – und zwar so, dass sich dieses Modell auch Menschen mit niedrigen Einkommen leisten können.

Bislang zielt die kleine Familienvollzeit auf die Phase der Kindererziehung ab, ist aber auch übertragbar auf Zeiten der Pflege von Angehörigen. Wer eine kleine Familienvollzeit in Anspruch nimmt, steigt nicht aus dem Berufsleben aus, um Kinder zu erziehen oder Eltern zu pflegen – er beziehungsweise sie hat nur einfach mehr Zeit, dies neben dem Beruf zu tun.

In eine ähnliche Richtung denkt auch Narges Lankarani vom Projekt GENANET, die auf der Konferenz „Nachhaltiges Wirtschaften und grünes Wachstum – wer (ver)sorgt eigentlich?“ im Februar 2013 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin versuchte, das neue globale Paradigma der Green Economy mit der Care Economy zusammen zu denken. Die kleine Familienvollzeit würde, so meint sie, sowohl den Ressourcenverbrauch senken als auch ermöglichen, die Care-Arbeit gerechter zu verteilen.

Diese Modelle setzen aber immer zugleich eine öffentliche Unterstützungsinfrastruktur voraus, die Teile der ehemals privat und unentgeltlich geleisteten Sorgearbeit übernimmt. Michael Dauderstädt, Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, hat von der Prognos AG berechnen lassen, was passiert, wenn ein Drittel der privaten Pflegearbeit in die Erwerbsarbeit überführt würde. Das Ergebnis: ein Prozent mehr Wachstum und 667.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Ein Ausbau sozialer Dienstleistungen, folgert Dauderstädt, finanziere sich quasi selbst und führe zu mehr Wachstum und Beschäftigung.

Die High Road im Sorgesektor

Wie aber könnte man die Arbeit der Pflegedienste so aufwerten, dass sie „gute Arbeit“ wird?

Mit dieser Frage beschäftigt sich die Politikwissenschaftlerin Cornelia Heintze. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sie die Pflegesysteme in Skandinavien und Deutschland verglichen. Deutschland, so sagt sie, gehe mit seinem Pflegesystem von einer problematischen Grundannahme aus: Unser Pflegesystem setzt auf die unbezahlte Arbeit der Frauen. Die Pflegeversicherung ist nur eine „Teilkaskoversicherung“, sie beruht auf der Annahme, dass zu Hause jemand mitpflegt. Als konservativer Wohlfahrtsstaat setzt die Bundesrepublik

auf Subsidiarität: Der Staat übernimmt nur, was die jeweils untere Ebene nicht schafft. Und die unterste Ebene, das sind die Familien. Sie sind in Deutschland in erster Linie für die Pflege verantwortlich. Und da unser Ehemodell einen Hauptverdiener und eine Zuverdienerin vorsieht, ist auch klar, wer da aussteigt um zu pflegen.

Der Staat übernimmt mit der Pflegeversicherung lediglich einen Rest. Der soll möglichst gering bleiben, weil die Pflegeversicherung sonst die Lohnnebenkosten hochtreibt.

Doch dieses Modell kann man nicht länger fortschreiben. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird drastisch steigen. Die der Frauen, die am selben Ort wohnen bleiben und aus ihrer Erwerbsarbeit aussteigen können, wird sinken. Zudem sind Angehörige mit der Pflege oft überfordert: Nach einer Studie der Siemens-Betriebskrankenkasse sind pflegende Angehörige dreimal häufiger gefährdet, depressiv zu werden, als nicht pflegende. Bei chronischen Krankheiten liegen pflegende Angehörige um gut 50 Prozent über dem Durchschnitt. Und laufen so Gefahr, die nächsten Pflegefälle zu werden. In Deutschland hatten im Jahr 2009 Frauen über 65 im Schnitt noch 6,5 gesunde Jahre vor sich, in Dänemark dagegen 12 Jahre, stellt Heintze fest.

Ein Umsteuern im Pflegesystem sei nicht möglich, sagen diejenigen, die das familienbasierte System erhalten wollen. Sie argumentieren mit der angeblichen Pfadabhängigkeit von Sozialsystemen. Doch Deutschland hat den konservativen Pfad bereits einmal verlassen, und zwar mit der Entscheidung, das Elterngeld einzuführen und gleichzeitig den Krippenausbau massiv voranzutreiben – bis hin zum Rechtsanspruch auf einen Platz für unter Dreijährige. Vorausgegangen war eine jahrelange, hitzige Debatte. Inzwischen ist es mehr oder weniger Konsens, dass der Kita-Ausbau ein wichtiges öffentliches Anliegen ist, weil die Familie allein die Kinderbetreuung nicht leisten kann und soll.

Im Bereich Pflege bewegt sich Deutschland dagegen unbeirrt auf dem alten, ausgetrampelten Pfad. Eine Debatte über die Zukunft der Pflege wird bislang nur in kleinen Fachkreisen geführt. Dabei ist nicht zu übersehen: Das familienbasierte System ächzt und kracht. Töchter und Söhne wohnen nicht mehr am gleichen Ort wie ihre Eltern, Frauen wollen nicht mehr aus dem Beruf aussteigen, und immer mehr Single-Männer sehen sich plötzlich mit Pflegeaufgaben konfrontiert, die sie nicht delegieren können. Doch die professionelle Pflege ist immer so organisiert, als funktioniere das familienbasierte System zumindest in seinen Grundzügen noch. Die Pflegedienste sind durchrationalisiert, weil sie möglichst billig sein sollen. Als Konsequenz bieten sie lediglich noch „Minutenpflege“, und zwar nur bei körperlicher Gebrechlichkeit. Die vielen Betreuungsleistungen, die etwa Demenzkranke bei der Alltagsbewältigung benötigen, werden kaum berücksichtigt. Solche Rundumbetreuungen sind dann gar nicht mehr bezahlbar, weshalb hier Migrant_innen etwa aus Osteuropa ins Spiel kommen, die für Niedriglöhne arbeiten.

Ganz anders in Skandinavien, wo Männer und Frauen schon seit Jahrzehnten ebenbürtig am Arbeitsmarkt partizipieren. Cornelia Heintze beobachtete dort, dass die skandinavischen Länder die Sorgearbeit im Gegensatz zu Deutschland nicht familiarisieren,

sondern sie von außen als „Service“ zur Verfügung stellen. Diese Arbeit treibt keine Lohnnebenkosten in die Höhe, weil sie von den Kommunen über Steuern und Gebühren finanziert wird. Es geht dort also nicht darum, die Kosten möglichst gering zu halten, sondern darum, den Bedarf der Menschen zu befriedigen. Deshalb leisten sich die skandinavischen Länder auch einen weiten Pflegebegriff, der die Alltagsbetreuung mit einschließt. Das schafft Beschäftigung: Auf tausend Ältere kommen in Skandinavien drei- bis viermal so viele Pflegende wie in Deutschland. Der Effekt dieser Unterschiede: In Dänemark glauben 13 Prozent der Bevölkerung, sie könnten sich kein Pflegeheim leisten, in Deutschland sind es 75 Prozent.

Pflege ist in Skandinavien ein existenzsichernder Beruf. Es gibt eine akademisierte Ausbildung, die zu existenzsichernden Löhnen in Vollzeitjobs führt. Die gute Bezahlung macht aus den Pflegekräften gute Steuerzahler_innen und kaufkräftige Konsument_innen. Deutsche Altenpfleger_innen kommen oft nicht einmal auf den Mindestlohn von 8,50 Euro. In Skandinavien dagegen können sie als Assistent_innen 16 bis 17 Euro verdienen.

Es ist mehr Geld im System

Auch Angehörige, die pflegen, werden in Skandinavien mit einer Lohnersatzleistung bedacht statt mit einem geringen Pflegegeld. Mit anderen Worten: Es ist sehr viel mehr Geld im System. Deutschland gab 2010 für jede_n Einwohner_in über 65 Jahren 2.109 Euro aus, Dänemark dagegen 6.357 Euro. Mit diesem Geld befördert das Land das Wohlbefinden von Pflegenden und Gepflegten – und schafft gute Jobs und gute Steuereinnahmen. Heintze resümiert: „Während der skandinavische Weg auf der High Road verläuft, hat die deutsche Politik die Weichen so gestellt, dass die Pflegebranche in den Niedriglohnbereich abgedrängt wurde, mit Teilzeit als Regel und einem vergleichsweise geringen Professionalisierungsgrad.“

Warum begibt Deutschland sich nicht auf die High Road? Heintze sieht verschiedene Modernisierungshemmnisse: Der konservative Wohlfahrtsstaat mit seiner Orientierung auf Familien hat sich noch nicht an die Realität angepasst, in der Töchter und Schwiegertöchter die Pflegearbeit immer weniger übernehmen können und wollen. Zudem ist Deutschland ein stark exportorientiertes Land: Binnenmarktorientierte Dienstleistungen werden als angebliche „Halbberufe“ und „Zuverdienerinnen-Jobs“ schlecht bezahlt und wenig wertgeschätzt.

Heintzes Fazit: Ohne einen „grundlegenden Paradigmenwechsel der Pflegepolitik und ihrer Finanzierung wird es nicht möglich sein, die Negativspirale sowohl bei der Qualität und Erreichbarkeit guter Pflege und sozialer Betreuung wie auch bei den Arbeitsbedingungen der im Pflegebereich Tätigen zu durchbrechen“. Das, so schließt sie, sei eine Frage des politischen Willens.

Wege aus der Pflegekrise

Und was nun? Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mehrere Konzepte erarbeitet, die auf eine bessere Pflegesituation in Deutschland abzielen. Um die Situation der professionell Pflegenden, besonders der sogenannten „Pendel-Migrant_innen“ zu verbessern, hat Dr. Barbara Stiegler, die ehemalige Leiterin des Arbeitsbereiches Frauen- und

Geschlechterforschung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Idee eines kommunalen Dienstleistungszentrums entwickelt, bei dem zum Beispiel Altenpfleger_innen fest angestellt wären. Die Kommunen wären für gute und gut bezahlte Arbeit verantwortlich und für ein Angebot an Pflegediensten, die bezahlbar bleiben.

Der Pflegeforscher Michael Isfort und seine Kolleg_innen zeigen in ihrer Studie „Mehr als nur Minutenpflege“, dass Pflege heute sehr viel mehr heißen muss, als „satt, sauber, trocken“. Besonders die Versorgung des Haushalts, offenbar zuvor die Domäne von Töchtern und Schwiegertöchtern, ist im Moment noch nicht geregelt. Es müsste also auch der Pflegebegriff deutlich ausgeweitet werden.

Parallel zum Ausbau eines hochwertigen Pflegesystems gilt es, Angehörigen zu ermöglichen, neben der Berufstätigkeit Pflegeverantwortung zu übernehmen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat mit Expert_innen aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Gewerkschaften zu diesem Zweck das „1000-Stunden-Modell“ entwickelt: ein flexibles Zeitbudget mit Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige. Ein solches Modell, davon geht die Friedrich-Ebert-Stiftung aus, wäre auch für Männer niedrigschwellig genug – es würde beiden Geschlechtern ermöglichen, sich besser um pflegebedürftige Angehörige zu kümmern, ohne die eigene berufliche Existenz aufzugeben.

Wer die Care-Arbeit und die Erwerbsarbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilt, tut beiden etwas Gutes, erklärte Uta Meier-Gräwe im Rahmen der Tagung „Who cares? And how?“. Am längsten lebt, so konnte sie zeigen, wer weder allein für den Haushalt noch allein für die Erwerbsarbeit lebt. Am längsten leben die, die beides kombinieren.

Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:
CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Globale Politik und Entwicklung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:
DR. CÄCILIE SCHILDBERG <Caecilie.Schildberg@fes.de>

Ansprechpartner für Gender in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn:
SEVERIN SCHMIDT <Severin.Schmidt@fes.de>



Viele Hausangestellte arbeiten illegal oder in einer Grauzone – Foto: Reuters

AM ENDE DER SORGEKETTE

80 Millionen Hausangestellte weltweit sind Migrant_innen. Aber wer sorgt für sie und ihre Kinder? Und warum taucht in den internationalen Sorgebeziehungen eigentlich kein Mann auf?

„Guck, was sie uns geschenkt hat: Ein Mofa, einen Kühlschrank und das Haus kann ich auch renovieren, alles von Sekar“, sagt der stolze Vater. Die Eltern im indonesischen Dorf sind voll des Lobes für ihre älteste Tochter. Sie ist nach Hongkong ausgewandert, um dort als Hausangestellte zu arbeiten, und schickt nun regelmäßig Geld nach Hause. Aber dann wendet sich der Film dieser scheinbar erfolgreichen Tochter zu. Sie hat ihren Job verloren, sich in Hongkong rettungslos verschuldet und ist dort im Rotlichtbezirk gelandet.

Der preisgekrönte Film „Sonntagmorgen im Victoria Park“, benannt nach dem Park, in dem sich die ausgewanderten Frauen in Hongkong an ihrem halben freien Tag treffen, beschreibt ein typisches Risiko ausgewanderter Frauen: Ihre Familien warten auf Geld, in Hongkong kennen die Geschäftemacher ihre schwierige Situation und nützen sie aus.

Der Film von Lola Amaria, gezeigt in der „Woche der Gerechtigkeit“ der Friedrich-Ebert-Stiftung im November 2012, bettet Sekars Geschichte ein in Episoden aus dem Leben der Hausangestellten. Die Arbeitgeber sind durchaus freundlich, aber wenn das betreute Kind Ärger macht, wird immer auch die Betreuerin zurechtgewiesen. Sie ist dem Gutdünken der Familie ausgesetzt. Jetzt einen Tee, dann hier und dort putzen, und je nach Laune darf sie auch mal am Tisch mit den Arbeitgebern essen. Über allem schweben die Geschichten von körperlich gequälten Hausangestellten wie Drohungen: Das kann auch dir passieren.

Es gibt aber eben auch die Vorteile der großen Migrationsströme der Hausangestellten. Renovierung, Mofa, Kühlschrank. Allein aus Indonesien wandern jährlich etwa 700.000 Menschen aus, über 70 Prozent von ihnen als Hausangestellte. Weltweit gibt es nach Schätzungen der International Labour Organization (ILO) bis zu 100

Millionen Hausangestellte, meist irregulär Beschäftigte, 80 Prozent von ihnen sind Migrant_innen. Und ebenfalls 80 Prozent von ihnen sind weiblich. Sie wandern von Südosteuropa in die Industrienationen Japan, Hongkong oder in die reichen arabischen Golfstaaten. Sie wandern von Süd- und Mittelamerika nach Norden und von Afrika und Osteuropa nach Westeuropa. Die globale Care-Kette ist ein Wirtschaftsfaktor: Nach Angaben der Weltbank wurden beispielsweise 2009 rund 326 Milliarden Dollar von Migrant_innen zurück in die sogenannten Entwicklungsländer geschickt.

Deutschland ist das EU-Land mit den höchsten Geldsendungen: 15 Milliarden Dollar strömten laut der UN-Entwicklungsorganisation UNDP von Deutschland aus in verschiedene weniger reiche Länder. 2,6 Millionen Hausangestellte versorgen laut DGB deutsche Haushalte. Regulär angemeldet sind von ihnen nur 250.000. Allein in der Altenpflege arbeiten laut dem Pflegeexperten Oliver Lauxen etwa 100.000 osteuropäische Pflegerinnen, die meisten, so schätzt er, illegal oder in einer Grauzone. Denn die legal Pflegenden müssten den Pflege-Mindestlohn von 8,50 Euro bekommen – das ist aber bei einer Rund-um-die-Uhr-Versorgung sehr teuer.

Und so häufen sich die Arrangements von schlichter Schwarzarbeit bis zu einer Teillegalisierung, etwa indem ein Minijob angemeldet wird, die Pflegeperson aber viel mehr arbeitet und dafür schwarz bezahlt wird. Da sie damit mehr Geld verdienen als in ihrem Herkunftsland, sehen viele Menschen in diesem Pflegearrangement eine „Win-win-Situation“: Allen ist geholfen. Ob Indonesierinnen in Hongkong oder Polinnen in Deutschland: Sie profitieren. Allerdings auf fragwürdiger Grundlage. Schaut man etwas genauer hin, stellen sich unangenehme Fragen.

Wer übernimmt die „zweite Schicht“?

Zunächst wäre da die Frage, wie der Care-Bedarf in den reichen Ländern entstanden ist. Immer mehr Frauen im Norden und Westen strömen auf den Arbeitsmarkt. Teils, weil sie finanziell selbstständig sein wollen, teils, weil immer weniger „Ernährerlöhne“ an Ehemänner gezahlt werden und der Lohn der Frauen gebraucht wird, teils auch, weil sie die Familienernährerinnen geworden sind. Feministinnen preisen die „eigenständige Existenzsicherung der Frauen“. Die Sache hat allerdings einen Haken: Die Frauen sind zwar auf dem Arbeitsmarkt, aber die Männer sind nicht in den Haushalt gefolgt. Die Care-Arbeit wurde nicht ebenso egalisiert wie die Erwerbsarbeit.

Wenn nun die „zweite Schicht“, das Putzen, an die Filipina ausgelagert wird und die Pflege der Oma an eine Polin, dann wird die Care-Arbeit lediglich unter Frauen umverteilt. „Genau genommen“, so die kalifornische Soziologin Arlie Russel Hochschild in ihrer Untersuchung „Global Women“, „ermöglicht nicht die Präsenz der eingewanderten Nanny den reichen Frauen, am Arbeitsmarkt zu partizipieren; sie ermöglicht reichen Männern, die zweite Schicht zu vermeiden.“ Und Barbara Ehrenreich kommentiert das Gendertheater im selben Band ironisch mit einem „Auftritt der Putzfrau als *dea ex machina*, die wieder Ruhe und Ordnung in das Heim bringt“.

Auch Helma Lutz, Professorin für Soziologie in Frankfurt am Main, die das Standardwerk „Vom Weltmarkt in den Privathaushalt – die ‚neuen Dienstmädchen‘ im Zeitalter der Globalisierung“ schrieb, urteilt hart: „Zwei von der Frauenbewegung angestoßene Projekte, die Gleichverteilung von Haus- und Versorgungsarbeit und die Neudefinition des Verhältnisses von Erwerbs- und Fürsorgearbeit, müssen bislang als misslungen betrachtet werden.“ An den Geschlechterbeziehungen habe sich damit nichts geändert. Damit sie unangetastet bleiben konnten, wurde ein Gefälle bei den ethnischen Beziehungen ausgenutzt. „„Doing Ethnicity““, schreibt Lutz, „hilft die Asymmetrie des „Doing Gender“ abzufedern.“ Und auch eine volkswirtschaftliche Entscheidung ist mit der „billigen“ Nanny getroffen: Für die Care-Arbeit ist jede_r privat zuständig, niemand kommt auf die Idee, sich an den Staat zu wenden – wie es in Skandinavien etwa normal wäre. Das Private kann so nicht in einem positiven Sinn politisch werden. Der Sozialstaat kann weiter abgebaut werden – die Nanny wird es schon auffangen.

Zum zweiten ist nach dem Charakter des „Doing Ethnicity“ zu fragen, der Beziehung zwischen reicher Arbeitgeberin und illegalisierter Hilfskraft: eine asymmetrische Beziehung statt der von der Frauenbewegung erhofften „Global Sisterhood“ und Solidarität. Die Folgen dieser asymmetrischen Beziehung werden viel diskutiert: Tür und Tor für Misshandlungen und Ausbeutung sind geöffnet. Die Hilfskräfte haben in den USA oft keine regulären Arbeitsstunden, gerade weil sie als liebevolle „Perlen“ gelten, tun sie ihren Arbeitgeber_innen natürlich jeden „Gefallen“. Von bezahltem Urlaub und Lohnfortzahlung bei Krankheit ist keine Rede. Die Arbeitskräfte sind, da oft illegal, auch nicht sichtbar und können ihre Rechte nicht einfordern. Aus Ländern wie Malaysia, Saudi-Arabien und Singapur wurden Kinderarbeit und Misshandlungen gemeldet. Manchen Angestellten wird der Lohn vorenthalten.

Nur 10 Prozent aller Hausangestellten, so rechnete die ILO aus, stehen uneingeschränkt unter dem Schutz des nationalen Arbeitsrechts. Weniger als die Hälfte der erfassten Arbeitskräfte kommen in den Genuss eines Mindestlohns oder geregelter Arbeitszeiten. Zuzana Uhdé, Soziologin von der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, die über die Migrationsströme der Hausangestellten in Tschechien forschte und schon bei einigen Veranstaltungen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenarbeitete, nennt das Phänomen „verzerrte Emanzipation“: „Das Private ist nicht politisch geworden, sondern das Private ist vermarktet worden und bleibt in der Privatökonomie.“ Reiche Frauen können sich diese Ware leisten, arme Frauen müssen sie erbringen. „Diese verzerrte Emanzipation verhindert so, dass die blockierte Geschlechterrevolution wieder in Gang kommen kann“, so Uhdé.

Was die Frauenbewegung nicht geschafft hat

Eine dritte Frage ist die nach der „Care-Kette“. Nannies und Putzkräfte, Omas Perle und Opas Liebling – sie alle haben auch selbst ein Leben und eine Familie. „Euro-Waisen“ nennt man die Kinder in Osteuropa, die ihre Mütter vermissen und von Verwandten mitversorgt werden. Per Skype kontrollieren sie die Hausaufgaben ihrer Kinder, trösten und ermutigen sie und besprechen den nächsten Besuch. „Die Liebe, die ich meinen Kindern nicht geben kann, gebe ich dem Kind, das ich betreue“, zitiert Hochschild eine Mutter. Es sei also ein Transfer an Liebe aus den reicheren in die ärmeren Ländern, erklärt sie. Und zitiert die UN-Deklaration der Kinderrechte, die besagt, dass ein Kind „in einer familiären Umgebung aufwachsen soll, in einer Atmosphäre der Fröhlichkeit, Liebe und Verständnis“ und „nicht gegen seinen Willen getrennt von seinen Eltern“. Was aber ist mit den Kindern der Nannies und Maids? So eine „transnationale Mutterschaft“, wie Helma Lutz sie nennt, kann glücken – doch nicht alle Krisen und Probleme lassen sich per Skype lösen und nicht jedes Kind ist per Skype betreuubar. Und längst nicht alle Hausangestellten und ihre Kinder haben leichten Zugang zu einem Computer.

Bemerkenswert und symptomatisch ist, dass in der Diskussion über die Care-Kette und ihre Folgen die Väter der Euro-Waisen und ihre Pendants in Asien offenbar bei der Care-Arbeit für die eigenen Kinder keine Rolle spielen. So muss man es jedenfalls verstehen, wenn etwa die Regierung der Philippinen den abwesenden Müttern die Schuld daran gibt, wenn Kinder sich nicht gut entwickeln – und nicht den anwesenden Vätern. „Es sind die Männer, mit denen der Care-Drain beginnt“, schreibt Wissenschaftlerin Rhacel Salazar Parrenas in Hochschilds Band über die Abwanderung der Sorgearbeiterinnen.

Die letzte Frage betrifft das Fundament der Care-Kette: die unterschiedlichen Lebenschancen in den verschiedenen Weltregionen. Die Migrantinnen reagieren (ebenso wie die berufstätigen Kundinnen von „Care-Leistungen“) mit einer privaten Aktion auf ein politisches Problem: Die reichen Länder sind reicher geworden, die armen versinken in Staatsschulden. Damit sind sie von weiteren Krediten abhängig, die sie aber nur erhalten, wenn sie Strukturanpassungsprogramme durchführen: die Staatsquote senken, Sozialstandards abtragen, den öffentlichen Dienst ausdünnen – die Armut privatisieren und verstärken.

Diese Verhältnisse geraten meist völlig aus dem Blick – so sehr hat die Welt sich daran gewöhnt. „Die sogenannte erste Welt“, bringt es Hochschild auf den Punkt, „nimmt die Rolle des altmodischen Mannes in der Familie an – gepampert, anspruchsvoll, unfähig zu kochen, putzen oder seine Socken zu finden. Die armen Länder haben dagegen die klassische Frauenrolle in der Familie – geduldig, nährend, und selbst verleugnend. Eine Arbeitsteilung, die Feministinnen immer kritisiert haben, solange sie lokal war, ist nun – metaphorisch gesprochen – global geworden.“ Und Zuzana Uhde fasst es so zusammen: „Was an diesem Arrangement falsch ist? Falsch ist, dass die Wohlfahrt der westlichen Gesellschaft und die Möglichkeit einiger Frauen, eine Karriere außerhalb des Hauses zu machen, untrennbar mit den Strukturen globaler Ungleichheit verbunden sind.“

Zu diesen fundamentalen Fragen kommt die außerordentliche Komplexität des Themas. So weisen Sohoon Lee und Nicola Piper in einer *Internationalen Politikanalyse* der Friedrich-Ebert-Stiftung darauf hin, dass etwa analphabetische Frauen aus ländlichen Gegenden viel eher Gefahr laufen, Menschenhändler_innen auf den Leim zu gehen, als formell gebildete Städterinnen. Entsprechend anders müssen Hilfsprogramme angelegt sein. Sexarbeiterinnen in Thailand wiederum können nicht „befreit“ werden und nach Hause zurückkehren, wenn sie etwa aus Myanmar vor der dort üblichen Zwangsarbeit geflohen sind und bewusst das Leben als Sexarbeiterin angestrebt haben. Auch als Bangladescherin wohlmeinend die Migration von Frauen für einige Zeit verbot, weil so viele Übergriffe gemeldet wurden, war das kontraproduktiv: Die Zahl der illegalen Auswandernden stieg – und deren Verhältnisse waren noch unsicherer als zuvor. Lee und Piper plädieren dafür, diese Schnittstellen und deren Verwobenheit von Geschlechterordnungen, sozialer Lage und ethnischen und politischen Besonderheiten – Intersektionalität ist das Fachwort dafür – im Blick zu behalten.

Was kann die Verhältnisse verbessern? Grundsätzlich ist die Care-Kette der Migrant_innen nicht leicht zu regulieren. Die Angesprochenen sind oft isoliert in ihren Haushalten, weil sie wenig Freizeit haben. Informelle Netzwerke, wie das der Indonesierinnen im Hongkonger Victoria Park, können keine ausreichende Handlungsmacht entwickeln. Manche Staaten haben bilaterale Abkommen zur Überprüfung der Arbeitsvermittler_innen. Indonesien etwa, das zeigt auch der Film, bietet sogar Fortbildungen an. Aber da der Anteil der irregulär Arbeitenden so groß ist, greifen solche Abkommen oft nicht.

Eine Konvention für die Haushaltskräfte

„Bahnbrechend“ wurde die ILO-Konvention 189 aus dem Jahr 2011 genannt. Nach vielen Jahren des Lobbying von Menschenrechtsorganisationen und dem „International Domestic Workers’ NetWork“ (IDWN), einem Zusammenschluss der Hausarbeiter_innen, der von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt wird, legte die ILO damit einen Vertrag vor, der die migrierten Hausangestellten schützen soll. Die „Domestic Workers Convention“ wurde als historische Angelegenheit gefeiert. Die deutsche Bundesregierung hat sie bereits im Februar 2013 beschlossen, nur die Ratifizierung im Bundestag steht noch aus. Im September 2013 wird die Konvention auf jeden

Fall in Kraft treten, denn dafür benötigt sie nur zwei Ratifizierungen. Mittlerweile haben sieben Länder das Werk ratifiziert.

Die Konvention unterstellt Hausangestellte den inländischen Arbeitsrechten. Das war nötig, weil in manchen Ländern Hausarbeit noch nicht einmal als reguläre Arbeit gilt. Die Hausangestellten sollen sich organisieren dürfen und Tarifausschüsse führen, einen Mindestlohn erhalten, mindestens 24 Stunden Freizeit am Stück bekommen, die sie verbringen können, wo sie wollen. Ihre „Bereitschaftszeit“ soll als Arbeitszeit gewertet werden. Sie müssen aus dem Haushalt ausziehen dürfen und niemand darf ihre Personaldokumente einbehalten. Die Vermittlungsagenturen müssen staatlich geprüft werden. Auch in den Haushalten soll es Inspektionen geben. Die Konvention sieht alle zwei Jahre einen Bericht der Staaten an die ILO vor.

Es gibt allerdings, darauf weist etwa Karin Pape von der IDWN hin, eine sehr breite Spur, auf der diese Regelungen weiträumig umfahren werden können: Wer schwarzarbeitet, kann keine Rechte einklagen. Und generell gilt das „Numbers versus Rights“-Problem, so beschreibt es etwa die UN-Entwicklungsorganisation UNDP: Versucht man die Rechte der Migrantinnen an die der Inländerinnen anzugleichen, etwa bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, dann gibt es keinen Kostenvorteil mehr, sie anzustellen – und ihre Zahl wird sinken.

Positiv betrachtet ist die Konvention aber ein Anreiz, über legale Arbeit in diesem Sektor nachzudenken. Und wenn man legal arbeitet, ist man nach dieser Konvention in vielen Ländern endlich geschützt, so Pape, die zu den Teilnehmer_innen der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung „The domestic workers convention – the EU as a driver for labour standards“ im Juni 2012 in Brüssel zählte. So werden in Bolivien die Hausangestellten auf diese Weise erstmals in den Genuss des örtlichen Mindestlohns kommen.

In Deutschland ändert die Konvention zunächst wenig. Hausangestellte sind hier durch das geltende Arbeitsrecht geschützt. Aber es gibt ein paar Punkte, über die man nun nachdenken muss. Der DGB hofft laut einer Broschüre zur Konvention, dass die Ratifizierung neue Initiativen hierzulande in Gang setzen könnte. So etwa für die Änderung des Aufenthaltsrechts, das Behörden anweist, Beschäftigte ohne Aufenthaltstitel der Ausländerbehörde zu melden. Solange dieser Paragraph gilt, können Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel ihre Rechte nicht einklagen. Die Konvention kann auf sie in Deutschland praktisch nicht angewandt werden.

Karin Pape regt an, dass Wege gefunden werden, anonym seine Rechte einfordern zu können. Ebenso könnte die Ratifizierung der Konvention das Lobbying für einen Mindestlohn stärken. Und sie könnte einen Anstoß geben, dass Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklärt werden können, etwa der Vertrag zwischen dem Deutschen Hausfrauenbund und der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG). Bisher kann ein Tarifvertrag nur für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn mehr als 50 Prozent der Betriebe und der Angestellten organisiert sind – eine sehr hohe Hürde.

Was kann die Konvention langfristig bringen? Zuzana Uhde weist darauf hin, dass die Pflicht zur besseren Bezahlung von Care-Jobs dazu führen würde, dass weniger private Haushalte sich diese leisten könnten. Positiv daran sei, dass dies den Druck auf die politische Ebene erhöhen würde, Care-Arbeit weder als Privatangelegenheit zu betrachten noch sie dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen, sondern sie von der öffentlichen Hand als öffentliches Gut zu organisieren.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat im Rahmen eines Workshops unter der Leitung der Geschlechterforscherin Dr. Barbara Stiegler ein Modell entwickelt, das das Ziel „gute Pflege als öffentliches Gut und als gute Arbeit“ ein gutes Stück näher bringen könnte: die Idee eines „kommunalen Dienstleistungszentrums für Bürgerinnen und Bürger“, das unter dem Dach der Kommune bezahlbare soziale, medizinische und pflegerische Dienstleistungen anbietet. Die Pflegekräfte wären hier fest angestellt, sozial abgesichert und angemessen entlohnt. Ein solches Dienstleistungszentrum würde Pendelmigrantinnen aus der Rechtlosigkeit und ihre Auftraggeber_innen aus der rechtlichen Grauzone holen. Hätte Sekar bei einer solchen Agentur gearbeitet, wäre ihre Geschichte wohl anders verlaufen.

Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Forum Politik und

Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:

CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> und

FRANZISKA KORN <Franziska.Korn@fes.de>

Zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung weltweit: Die ILO-Konvention 189

Sie sollen „Teil der Familie“ sein, allerdings ein dienender Teil. Und sich ansonsten ruhig verhalten. Hausangestellte in der ganzen Welt arbeiten überlange, haben zu wenig Freizeit, bekommen Hungerlöhne und werden oft auch noch gedemütigt und misshandelt. Sie sind weit entfernt vom normalen Arbeitsrecht, mit gesetzlich festgelegter Stundenzahl und einem Mindestlohn, ganz zu schweigen von Inspektionen am Arbeitsplatz.

Die Konvention 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gewährt den Zugang zu diesen grundlegenden Rechten. Mindestens zwei Länder müssen eine solche Konvention ratifiziert haben, damit sie in Kraft tritt. Das war im September 2012 der Fall. Nun wollen

Organisationen unter Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) möglichst viele Länder zum Beitritt bewegen. Sie haben die 12x12-Kampagne ins Leben gerufen und wollen damit erreichen, dass 12 Länder die Konvention innerhalb von 12 Monaten ratifizieren. Getan haben das bisher Nicaragua, die Philippinen, Bolivien, Italien, Mauritius, Paraguay und Uruguay; Kolumbien ist auf dem Weg. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt diese Kampagne, unter anderem mit Veranstaltungen.

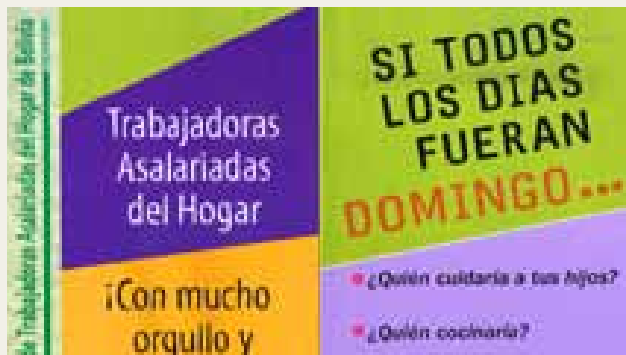
ZUM WEITERLESEN:

Mehr Informationen zur 12x12-Kampagne des IGB:

www.ituc-csi.org/domestic-work-mobilising-for-an.html?lang=de

Beispiel Bolivien:

**¿Quién cuidaría a tus hijos? –
und wer würde auf deine Kinder aufpassen?**



Die bolivianische Gewerkschaft FENATRAHOB kämpft für die Rechte von Hausangestellten – Foto: Flyer FENATRAHOB

... fragt provozierend das Faltblatt der Gewerkschaft der Hausangestellten Boliviens, Federación Nacional de Trabajadoras Asalariadas del Hogar de Bolivia. Und dabei schwingt mit: „Wenn wir nicht da wären?“.

In der Tat ist die Fürsorge von Kindern und pflegebedürftigen Familienangehörigen die verantwortungsvollste Aufgabe, die Hausangestellte neben Putzen und Kochen leisten. Von einem Modell, in dem Mann und Frau sich die Verantwortung der Erziehung von Kindern oder Pflege von Angehörigen teilen, ist die streng patriarchalische bolivianische Gesellschaft weit entfernt. Mit Ausnahme weniger Frauen der Oberschicht, ist es vor allem die wirtschaftliche Notwendigkeit, die es Frauen gesellschaftlich ermöglicht zu arbeiten. Geschlechterrollen legen somit fest, dass eher eine „empleada“ – eine Angestellte – bezahlt wird, als dass Ehemann, Sohn oder Bruder typisch „weibliche Aufgaben“ übernehmen. Hinzu kommt, dass in Bolivien Arbeitskraft günstig ist, sodass sich auch die untere Mittelschicht Hausangestellte leisten kann. In Lateinamerika und der

Karibik arbeiten überdurchschnittlich viele Frauen als Hausangestellte: 18 Prozent der gesamten weiblichen Arbeitskraft. Der weltweite Durchschnitt liegt bei 3,5 Prozent und wird lediglich übertroffen durch den Mittleren und Nahen Osten mit 20 Prozent (Internationale Arbeitsorganisation, 2010). Der Anteil an Hausangestellten am gesamten Arbeitsmarkt beträgt 7,6 Prozent und ist damit weltweit am höchsten. Der weltweite Durchschnitt liegt bei 1,7 Prozent.

Neben den Geschlechterrollen liegt es aber vor allem an der unterentwickelten Betreuungsstruktur (Kindergärten, Pflegeeinrichtungen etc.), dass es praktisch keine Alternative zur privaten Pflegekraft gibt. In Westeuropa ist der erhöhte Bedarf an Pflegekräften ein neues Phänomen, ausgelöst durch eine immer älter werdende Gesellschaft. In den meist jungen Gesellschaften der sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländer sind mangels eines funktionierenden staatlichen Gesundheitssystems private Pflegekräfte seit jeher ein fester Bestandteil des informellen Fürsorgesystems. Mit dem steigenden Bedarf in den wohlhabenden Ländern führt dies zu Problemen: Frauen wandern ab, um in den USA, Westeuropa aber auch verstärkt in Nachbarländern wie Argentinien, Brasilien und Costa Rica als Pflegekräfte mehr Geld zu verdienen.

Haben früher männlich dominierte Berufe wie Handwerker oder Bauarbeiter Migration motiviert, werden nun weibliche Berufe wie Haushaltshilfen oder Krankenschwestern gesucht. Dadurch werden Pflegekräfte in den Heimatländern rar und der Wert der Arbeit steigt – sodass sich bestimmte Schichten in absehbarer Zeit keine Pflegehilfe mehr leisten können. Für Länder wie Bolivien mit einem trotz Entwicklungsschub immer noch völlig vernachlässigten Gesundheitssystem bedeutet das mittelfristig einen „Pflegenotstand“.

Positiv gewendet, führt diese Entwicklung zu einem wachsenden Selbstbewusstsein einer Berufsgruppe, die erst langsam den Graubereich der Informalität verlässt. In Bolivien gibt es laut Aussagen der Gewerkschaft circa 120.000 Hausangestellte. Seit 1984 sind sie

in einer eigenen Gewerkschaft organisiert, deren größter Erfolg 2003 der Beschluss eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitsrechte für Hausangestellte war. Im November 2012 hat Bolivien als viertes Land weltweit die Konvention 189 der ILO unterzeichnet, die Mindestrechte für Hausangestellte definiert. Die wichtigsten Rechte, die die Konvention festschreibt, sind zwar bereits auf nationaler Ebene gesetzlich geregelt, doch ist die Ratifizierung für die Arbeiterinnen trotzdem ein wichtiger Erfolg: Sie berechtigt die ILO, kritisch nachzufragen, wie es um die Umsetzung steht, denn die Einhaltung der gesetzlichen Normen wird kaum kontrolliert. Eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschafterinnen ist deshalb, dass das Arbeitsministerium Arbeitsplatzinspektionen durchführt – auch in privaten Haushalten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung Bolivien ist Mitglied im Unterstützungs-komitee der Konvention 189 und hat die Gewerkschafterinnen

wesentlich darin bestärkt, ihre politischen Forderungen zu formulieren und dem Arbeitsministerium vorzutragen. Gemeinsam mit der ILO begleitet die Stiftung die Verhandlungen von Gewerkschaft, dem Verband der Arbeitgeberinnen und dem Arbeitsministerium, um die Umsetzung der Konvention voranzutreiben.

*Ansprechpartnerin für Gender im Büro Bolivien der
Friedrich-Ebert-Stiftung (Landesvertretung):
ANJA DARGATZ <Anja.Dargatz@fes-bol.org>*

*Ansprechpartner für Gender im Referat Lateinamerika und
Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung:
SEBASTIAN SPERLING <Sebastian.Sperling@fes.de>*

Beispiel Brasilien:

Protest mit Schürze: Hausangestellte fordern bessere Arbeitsbedingungen und gleiche Rechte



Auch Männer sind aktiv in der 12x12-Kampagne – Foto: FES

12 Länder in 12 Monaten: Brasilien gehört zu den Fokusländern, auf die sich die ITUC-Kampagne zur Ratifizierung der ILO-Konvention 189 konzentrieren soll.

Der Großteil, rund 72 Prozent der 7 Millionen Hausangestellten, arbeitet hier informell – mehrheitlich Schwarze Frauen, die oft Diskriminierungen bis hin zu sexuellen Übergriffen ausgesetzt sind. „Hausangestellte sollten als Arbeiter_innen mit Respekt behandelt werden. Für sie müssen die gleichen Rechte gelten wie für andere Arbeiter_innen“, erklärt Creuza Oliveira, die Präsidentin des nationalen Hausangestelltenverbandes Fenatrad.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die im April dieses Jahres beschlossene Verfassungsänderung, die Hausangestellten die vollen, im Artikel 7 der Verfassung garantierten Rechte der Arbeitnehmer_innen zusichert. Zuvor war diese Berufsgruppe von wichtigen Rechten, wie bezahlten Überstunden und der Begrenzung der Wochenarbeitszeit, ausgeschlossen gewesen. Dieser Durchbruch ist nicht zuletzt der Mobilisierung im Rahmen der ITUC-Kampagne zuzuschreiben, die 2012 vehement auf die Situation der Hausangestellten in Brasilien aufmerksam gemacht hat.

Im letzten Jahr hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, den drei größten brasilianischen Gewerkschaftsdachverbänden (CUT, FS und UGT), der Gewerkschaft für Handel und Service (Contracs) sowie Fenatrad ein Seminar zu „decent work“ für Hausangestellte organisiert. Über 40 gewerkschaftlich organisierte Vertreter_innen der Hausangestellten aus allen Teilen des Landes diskutierten mit Expert_innen der Dachverbände, der Internationalen Arbeitsorganisation und des gewerkschaftlichen Forschungsinstituts DIESSE über die schwierige Interessenvertretung, über Rechtslücken und Chancen der Konvention 189 für Brasilien.

Um die politischen Entscheidungsträger_innen für die Probleme der Hausangestellten und die Wichtigkeit der Konvention – aber auch für notwendige Gesetzesänderungen in Brasilien – zu sensibilisieren, zogen die Teilnehmer_innen nach dem Seminar zum Abgeordnetenhaus. Die Ratifikation der Konvention für menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte forderten sie nicht nur in einem offenen Brief an die Abgeordneten, sondern auch als weithin sichtbare Provokation auf den Schürzen, die sich die Aktivistinnen umgebunden hatten.

Die Verfassungsänderung ebnet den Weg für die Ratifizierung der ILO-Konvention 189. Ändern müssen sich aber nicht nur die Gesetze, sondern auch die Anerkennung und die Würdigung des Berufs innerhalb der brasilianischen Gesellschaft.

*Ansprechpartnerin für Gender im Büro Brasilien der
Friedrich-Ebert-Stiftung:
TINA HENNECKEN (Büroleitung) <Tina.Hennecken@fes.org.br>*

*Ansprechpartner für Gender im Referat Lateinamerika und Karibik:
SEBASTIAN SPERLING <Sebastian.Sperling@fes.de>*

Beispiel Peru:

„Die Hälfte des Mindestlohns“



Demonstrant_innen in Peru fordern die Ratifizierung der ILO-Konvention 189 – Foto: Reuters

Lange Arbeitstage von bis zu 16 Stunden, geringe Bezahlung, keine soziale Absicherung und keine Arbeitsplatzsicherheit – das ist die Situation der großen Mehrheit der über 800.000 Hausangestellten in Peru. Sie arbeiten als Kindermädchen, Köchinnen, Reinigungskräfte, Wäscherinnen, Pflegekräfte für Kranke und Alte – und häufig sind sie alles in einer Person. Die meisten sind indigener Abstammung, kommen aus armen Verhältnissen des Hochlandes und suchen als Mädchen und junge Frauen in den großen Städten eine bessere Zukunft. Aufgrund unzureichender Schulbildung und fehlender Ausbildung ist die Arbeit als Hausangestellte für sie oft die einzige Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt sicherzustellen. Beschäftigt werden sie überwiegend in Familien der Mittel- und Oberschicht. Die zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen in anderen Sektoren hat jedoch dazu geführt, dass auch Familien mit relativ geringen Einkommen die Dienste von Hausangestellten in Anspruch nehmen. Über 80 Prozent der Angestellten schlafen im Haus beziehungsweise in der Wohnung der Familie, bei der sie arbeiten. Meist sind sie in winzigen Zimmern untergebracht, die sie sich oft noch mit anderen teilen müssen.

Seit 2003 regelt ein Gesetz die Mindeststandards für Hausangestellte in Peru, allerdings weit unter den für andere Wirtschaftszweige gültigen Normen. Doch selbst die in diesem Gesetz verankerten Rechte werden vom peruanischen Staat nicht durchgesetzt.

Trotz gesetzlicher Verpflichtung der Arbeitgeber_innen ist nur ein geringer Teil – keine 10 Prozent – der Hausangestellten behördlich registriert und hat damit Anspruch auf medizinische Versorgung. Die Arbeitszeiten liegen in der Regel weit über den gesetzlich festgelegten 40 Wochenstunden. Auch von bezahlten Urlauben und Feiertagen können die meisten nur träumen. Sie haben keine schriftlichen Arbeitsverträge und verdienen im Durchschnitt rund 100 Euro pro Monat, etwa die Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns. Oft sind sie Opfer psychischer und physischer Gewalt. Durch ihren sozialen Status und das Abhängigkeitsverhältnis haben sie kaum Möglichkeiten, sich zu wehren. Dazu kommt die Angst, bei „unbotmäßigem“ Verhalten Unterkunft, Verpflegung und den spärlichen Lohn zu verlieren.

Fest steht deshalb: Peru soll unter den 12 ersten Ländern sein, die die ILO-Konvention 189 ratifizieren. Als Teil der 12x12-Kampagne führte das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Peru zusammen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund im Juni 2012 einen Workshop mit Führungsmitgliedern diverser Gewerkschaften und vorgewerkschaftlicher Organisationen von Hausangestellten durch. Ein Ergebnis der mehrtägigen Veranstaltung war ein Aktionsplan zur Weiterführung der Kampagne, Höhepunkt war eine öffentliche Anhörung im Kongress.

Auf Basis des Aktionsplans unterstützte die Friedrich-Ebert-Stiftung Peru im Oktober einen weiteren Workshop mehrerer Gewerkschaftsorganisationen von Hausangestellten. Hier wurde über das künftige Vorgehen beraten, um die Ratifizierung der Konvention durchzusetzen. Neben der Vereinbarung weiterer konkreter Schritte zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen und Weiterführung der Kampagne war ein herausragendes Ergebnis dieses Treffens der Beschluss, eine nationale Vereinigung der Hausangestelltengewerkschaften zu gründen.

Ansprechpartner für Gender im Büro Peru der Friedrich-Ebert-Stiftung:
ALFRED STOLL (Landesvertretung) <Stoll@fes.org.pe>

Ansprechpartner für Gender im Referat Lateinamerika und Karibik:
SEBASTIAN SPERLING <Sebastian.Sperling@fes.de>

Beispiel Asien – länderübergreifend: Bildung von Allianzen



Die Teilnehmer_innen der globalen 12x12-Kampagne in Phnom Penh – Foto: FES

In Asien arbeiteten im Jahr 2012 nach Angaben der ILO mehr als 21 Millionen Menschen als Hausangestellte, etwa 80 Prozent von ihnen sind Frauen. Sie kümmern sich um den Haushalt, helfen bei der Erziehung der Kinder und pflegen ältere Familienangehörige. Diese Arbeit wird selten oder gar nicht anerkannt. Dabei sind Hausangestellte oft nicht in der Lage, ihre Rechte einzufordern. Zum einen kennen viele ihre Rechte überhaupt nicht, zum anderen gibt es für sie keine klaren Arbeitsgesetze oder aber sie sind von diesen Gesetzen ausdrücklich ausgeschlossen. Hausangestellte werden meist unter- oder gar nicht bezahlt und haben selten geregelte Arbeitszeiten. Zudem fehlt es ihnen an privaten Rückzugsräumen und sie werden immer wieder Opfer von psychischer und physischer Gewalt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund, das International Domestic Workers' Network und die Friedrich-Ebert-Stiftung haben im April 2013 in Phnom Penh einen Workshop zur globalen 12x12-Kampagne in der Region Asien veranstaltet. Unter den acht bisherigen Unterzeichnerstaaten der Konvention befindet sich mit den Philippinen lediglich ein asiatisches Land.

Faktisch überlassen Gewerkschaften bei der Organisation von Hausangestellten das Feld häufig der Zivilgesellschaft. Oft fühlen sie sich für diese Berufsgruppe nicht zuständig. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt daher nicht nur den Ratifizierungsprozess der Konvention, sondern auch die Bildung von Allianzen zwischen Hausangestellten, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf nationaler und regionaler Ebene. Der Workshop in Phnom Penh war ein gelungenes Beispiel dieser breiten Allianz.

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung für regionale Zusammenarbeit in Asien:

JULIA MÜLLER <julia.mueller@fes-asia.org>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Asien:

KATHRIN MEIßNER <Kathrin.Meissner@fes.de>

Beispiel Sri Lanka: Wachstumsmotor Hausarbeit



Demonstrant_innen in Colombo protestieren gegen die Hinrichtung von Rizana Rafeeks – Foto: Reuters.

Der Fall des Sri Lankischen Kindermädchens Rizana Rafeek, das Anfang 2013 in Saudi Arabien zum Tode verurteilt wurde, sorgte für eine internationale Debatte über die Rahmenbedingungen für Arbeitsmigrant_innen, die oft als sogenannte Hausangestellte im arabischen Raum arbeiten. „Welcome Money, Unwelcome Issues? The Challenges of Sri Lankan Female Migrant Workers“ – unter diesem Titel griff die Friedrich-Ebert-Stiftung in Sri Lanka im Februar dieses Jahres bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit Vertreter_innen von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft das oft grausame Schicksal von Arbeitsmigrantinnen auf.

Sri Lankas Wirtschaft profitiert immens, denn die Rücküberweisungen der Migrant_innen sind zu großen Teilen der Motor für Sri Lankas Wachstum. Aber der für Staat und Individuum so generierte Profit hat seinen Preis, und den zahlen Frauen: 2010 waren fast 90 Prozent aller Sri Lankaner_innen, die die Insel verließen, um in der Ferne ihr Familieneinkommen zu sichern, weiblich – viele minderjährig und weder auf ihre Aufgaben vorbereitet noch angemessen abgesichert. Gegenstand der angeregten Debatte mit Vertreter_innen des Institute of Policy Studies, des Arbeitsministeriums sowie der International Organisation of Migration waren daher Wege und Strategien, einerseits junge Frauen besser aufzuklären, andererseits jedoch national und regional notwendige politische Schritte einzuleiten.

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Asien:

KATHRIN MEIßNER <Kathrin.Meissner@fes.de>

Beispiel Indien:

Das Bild der Hausangestellten verändern!



Großer Andrang beim FES-Workshop in Kalkutta – Foto: FES

Was hindert Indien, die Konvention 189 zu ratifizieren? Wie kann man erfolgreich dafür werben? Das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Indien hat zusammen mit dem Institute of Social Studies Trust im März 2013 in Kalkutta den Workshop „Strategising for Domestic Workers at the Political and the Social Level“ organisiert.

Dort wurden Gruppen zusammengebracht, die sich für die Interessen von Hausangestellten einsetzen, um über deren Schutz, Organisation und soziale Anerkennung zu diskutieren. Eine gemeinsame Herausforderung liegt etwa in der Isolation und Abschirmung von Hausangestellten und der daraus resultierenden Schwierigkeit, sie in gewerkschaftlichen Strukturen zu organisieren. Organisationen aus Rajasthan, West Bengalen, Tamilnadu, Maharashtra, Gujrat und

Neu Delhi nahmen teil. Ein Hauptaspekt der Diskussionen lag in der Erkenntnis, dass es nicht reicht, in der Politik oder der Gesellschaft zu arbeiten. Hausangestellte brauchen Interventionen auf beiden Ebenen: Es ist nicht nur wichtig, politische Ziele wie einen größeren Schutz der Arbeiter_innen durch eine bessere Organisation zu erreichen; zugleich muss auf der sozialen Ebene interveniert und das Bild von Hausangestellten in der Gesellschaft verändert werden.

Die ILO-Konvention 189 setzt einen neuen Standard für die Anerkennung des sozialen und wirtschaftlichen Werts dieser Arbeiter_innen und will deren Ausschluss vom sozialen Schutz und vom Arbeitsschutz ein Ende setzen. Der Workshop beschäftigte sich außerdem mit den Hindernissen auf dem Weg zur Ratifizierung der Konvention in Indien.

Ansprechpartnerin für Gender im Büro Indien der Friedrich-Ebert-Stiftung:

SARAH HEES (Projektleitung) <Sarah.hees@fesindia.org>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Asien:

KATHRIN MEIßNER <Kathrin.Meissner@fes.de>



Die emeritierte Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Karin Hausen, im Interview –
Foto: Privat

„EINE OPFERBEREITERE FRAU HÄTTE ICH NICHT FINDEN KÖNNEN“

150 Jahre SPD: Auch der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, August Bebel (1840 bis 1913), unterschätzte die Wirkung der Aufteilung von Männer- und Frauenarbeit, sagt die Historikerin Karin Hausen. Dennoch geht der Egalitätsgedanke der SPD auf ihn zurück.

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES): Frau Hausen, seit 150 Jahren gibt es die SPD. Hatte August Bebel, der sich in „Die Frau und der Sozialismus“ intensiv mit der Frauenfrage beschäftigt hat, damals schon einen Begriff von weiblicher Sorgearbeit?

Karin Hausen: Auch ohne diesen Begriff hatte er mit Sicherheit klare Vorstellungen davon, wie wichtig die im Familienhaushalt geleistete Arbeit war. Wenn Bebel für längere Zeit inhaftiert oder geschäftlich und politisch auf Reisen war, sorgte seine Frau weiter für die Tochter Frieda, den Haushalt, das Kleinunternehmen für Tür- und Fenstergriffe und oft auch für die vom Gatten zugesandte schmutzige Wäsche. Bebel urteilte in seinen Lebenserinnerungen über seine geliebte Frau Julie: „Eine liebevollere, hingebendere, allzeit opferbereitere Frau hätte ich nicht finden können.“

FES: Und wie sah das seine Frau?

Hausen: Dazu äußerte sich Julie Bebel 1887 in einem Brief an ihre Freundin Natalie Liebknecht: „Unsere Männer sind ja so gut und brav und haben ihre Familie sehr lieb, das werden wir gerne zu geben. Aber durch die ununterbrochenen Hetzereien und die Überbürdung im Arbeiten und im fortgesetzten Kampfe mit ihren Ansichten werden sie uns immer mehr entzogen, und der richtige Sinn für die Familie geht ihnen immer mehr verloren. Ich frage mich manchmal, was daraus noch werden soll. Rücksichten uns gegenüber gibt es sehr wenig.“ Die Verteilung der Zuständigkeiten war – wie heute, so auch damals – eine brisante Angelegenheit.

FES: Hat Bebel diese Aufteilung problematisiert?

Hausen: Ja, aber er hat stets das große Zukunftsprojekt der Sozialdemokratie und das Fernziel der Überwindung des Privateigentums mit all seinen Übeln höher gewertet. Außerdem hat auch er, wie in seiner Zeit üblich, den „Naturzweck“ der Frau darin gesehen, Kinder zu gebären und deren Aufwachsen zu umsorgen. Ungewöhnlich war, dass Bebel gleichzeitig sehr energisch dazu aufforderte, für Frauen dieselben politischen und sozialen Güter zu erkämpfen wie für Männer.

FES: Wie sollte das aussehen, wenn Frauen für alle Hausarbeiten zuständig blieben?

Hausen: Bebel setzte in diesem Punkt auf technischen Fortschritt und auf Arbeitsentlastungen durch Zentralheizung, Zentralküchen, Zentralwäschereien und deren im Vergleich zum Einzelhaushalt sehr viel größere Produktivität und Wirtschaftlichkeit.

FES: Wie haben die Genossen auf seine feministischen Thesen reagiert?

Hausen: Anders als die Frauen machten sich die Männer unter den Genossen nur ungern Bebels harsche Kritik an patriarchalischen Einrichtungen und Verhaltensweisen zu eigen, und sie folgten auch nur zögernd seinem unablässig wiederholten Plädoyer für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Es war eine Sache,

im Prinzip das Wahlrecht, gleiche Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenschancen für Frauen zu akzeptieren, und eine andere Sache, für die praktische Umsetzung des Prinzips aktiv zu kämpfen, obwohl dadurch auf lange Sicht die gewohnte Männerprivilegierung geschmälert würde.

FES: Und auf welchen gesellschaftlichen Boden fielen seine Thesen?

Hausen: Bebel setzte auf die wissenschaftliche Fundierung seiner Forderungen. Er argumentierte mit der an Bachofens Theorie des Mutterrechts anschließenden Entwicklungsgeschichte, der zufolge die Hierarchie von Mann und Frau gesellschaftlich geworden und also veränderbar war. Und er kritisierte Mediziner, die die verschiedenen sozialen Zuständigkeiten als naturgegebene Folge körperlicher Unterschiede von Mann und Frau ableiteten. Ende des 19. Jahrhunderts aber beeindruckten die neuen Trends der Bevölkerungswissenschaft, Eugenik, Rassenhygiene und Sozialen Hygiene auch Bebel. Er meinte, es komme auch für die Arbeiterbewegung darauf an, dass sich möglichst gesunde Menschen fortpflanzen und deshalb seien Arbeiterfrauen besonders als Hausfrauen und Mütter gefragt. Bebel hielt jedoch trotzdem an seinen alten Forderungen nach Chancengleichheit beider Geschlechter fest: Frauen müssten stets imstande sein, frei zu entscheiden, ob sie zusammen mit einem Mann ihr Leben gestalten wollen oder es vorziehen, ihre Existenz auf eigenständigen Erwerb zu gründen.

FES: Was man heute die „eigenständige Existenzsicherung der Frau“ nennt – also immer noch ein Thema.

Hausen: Ja. Das ist im 20. Jahrhundert der Preis dafür, dass die Hausfrau und Mutter mit einem Ehemann als Ernährer und Beschützer an ihrer Seite auch in der Sozialdemokratie höher angesehen wurde als die erwerbstätige Frau mit eigenem Einkommen. In der Logik dieser Konstellation müssen Frauen von Männern abhängig sein, weil nur Männer einen Ernährerlohn einfordern können und damit Frauen auf den herkömmlichen Niedriglohn verwiesen bleiben.

FES: Den Gedanken, dass Frauen und Männer die Sorgearbeit anders aufteilen, gab es noch nicht?

Hausen: Die Einsicht, dass die angestrebte Gleichstellung der Geschlechter immer an der geschlechtlichen Arbeitsteilung scheitert, hat sich erst Ende des 20. Jahrhunderts durchgesetzt. Und auch heute sind wir noch weit davon entfernt, dass Männer selbstverständlich ebenso viel nicht marktvermittelte Haus- und Familienarbeiten leisten wie Frauen, und dass für marktförmige bezahlte Arbeiten endlich alle Geschlechtersegregationen und -segmentierungen, die Frauen systematisch diskriminieren, eingeplant sind.

FES: Und wie hätte der Haushalt im Sozialismus ausgesehen? Die Frauen bringen die Wäsche in die Zentralwäscherei?

Hausen: Und wer arbeitet überhaupt in der Zentralwäscherei? Bebel hat nicht bedacht, dass es eben nicht nur um „das bisschen Haushalt“ geht, sondern um gesellschaftlich notwendige Arbeiten, und er hat offen gelassen, von wem diese in seiner Sozialismus-Utopie geleistet werden.

FES: Hat die SPD die Erkenntnisse Bebels umgesetzt?

Hausen: Die SPD hat lange das Ernährermodell in der Arbeiterfamilie befürwortet. Leider geht es heute auch nicht vorrangig um die geschlechtergerechte Verteilung von bezahlten und unbezahlten Arbeiten. Was politisch zählt, ist zunehmend die jeweils individuell auf dem Markt erbrachte Leistung. Das aber greift zu kurz, weil es zulasten der Sorgearbeit geht. Es fehlt ein gesellschaftliches Modell, das es erleichtern würde, die so unübersichtliche Vielfalt des Arbeitens zumindest gedanklich neu zu entwerfen.

FES: Was bleibt also von Bebel?

Hausen: In jedem Fall die Forderung nach Egalität. Darüber hinaus könnten Frauen der alten Arbeiterbewegung auch Anregungen liefern. Arbeiterfrauen, die früher keinen Zugang zu attraktiven Berufen hatten, aber einen Genossen als Familienernährer, engagierten sich häufig auch in der Arbeiterbewegung: Ihre Wohnungen waren geöffnet für Besuche, für Gespräche, autodidaktische Fortbildung stand hoch im Kurs. Die Frauen gestalteten jenseits des Dualismus von Erwerbsarbeit und Hausarbeit einen interessanten privat-öffentlichen Raum. Diesen zu erschaffen und mit Leben zu füllen, war nicht schlecht und wäre vermutlich immer noch wichtig.

Karin Hausen, emeritierte Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, gehört zu den Pionierinnen der Frauengeschichte in Deutschland. Sie gründete das Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der TU Berlin und leitete es von 1996 bis zu ihrer Emeritierung 2003. Ihre Klassiker: „Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte“ (1992) und, zusammen mit Helga Nowotny: „Wie männlich ist die Wissenschaft?“ (1986).

*Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:
CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>*

Ansprechpartnerin für Gender/frühe Arbeiterbewegung im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn: SABINE KNEIB <Sabine.Kneib@fes.de>



Gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit! Stimmen aus Indien, England und Deutschland bei der Veranstaltung #Aufschrei im März 2013 – Foto: Jens Schicke

GEMEINSAM GEWALT GEGEN FRAUEN STOPPEN!

Ende 2012 wurde in Neu Delhi eine Studentin in einem Bus von mehreren Männern so brutal vergewaltigt, dass sie wenige Tage später an den Verletzungen starb. Diese Tat hat weltweit Erschütterung und Wut ausgelöst. In Indien gingen Zehntausende Menschen auf die Straße, um gegen frauenfeindliche Gewalt und das Versagen von Staat und Justiz zu protestieren.

Seither gehen die Protestwellen und Diskussionen weiter. Viele Fragen prägen in Deutschland wie auch in Indien den öffentlichen Diskurs. Wie greifen Alltagssexismus und sexuelle Gewalt ineinander? Wie können Sexismus und sexuelle Gewalt sichtbar gemacht werden? Und wie kann Gewalt gegen Frauen langfristig gestoppt werden? Besonders in Indien zog es seit Dezember immer wieder Menschen auf die Straßen. Dieser Protest erhielt große internationale Aufmerksamkeit, doch nach Meinung der indischen Feministin Urvashi Butalia zeigten sich in der internationalen Berichterstattung oft neokoloniale Tendenzen. Die Realität Indiens würde verkannt, mahnte sie auf der Podiumsdiskussion #Aufschrei anlässlich des Internationalen Frauentages in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin. Die beiden Bloggerinnen Merle Stöver aus Deutschland und Laurie Penny aus England stimmten ihr zu und forderten, die sogenannte „Rape Culture“, in der sexualisierte Gewalt verharmlost und geduldet wird, als globales und nicht regionales Phänomen zu begreifen. Diese Auffassung vertritt auch Butalia. Im Interview argumentiert sie, warum die Medienschlacht letztlich doch eine positive Wirkung für Indien entfalten kann.

FES: Seit der brutalen Gruppenvergewaltigung 2012 ist Indien immer wieder in den internationalen Medien. Kürzlich erst wurde über die Vergewaltigung eines jungen Mädchens und einer Schweizer Touristin berichtet. Warum geht es nach wie vor um Indien?

Urvashi Butalia: Zum einen hält der Protest der indischen Zivilgesellschaft an, zum anderen gibt es eine starke feministische Bewegung in Indien. Sie schafft den notwendigen Druck, hält ihn aufrecht und verhindert, dass Gewalt gegen Frauen erneut in den Hintergrund gerät. Beides kann dazu beitragen, dass sich die internationale Berichterstattung weiterhin auf Vergewaltigungsfälle in Indien konzentriert.

FES: Führt diese Fokussierung zu einem verzerrten Bild von Indien?

Butalia: Ja, ich denke, das tut sie! Gewalt in Indien ist kein neues Thema. Vielmehr ist Gewalt gegen Frauen weit verbreitet und gehört zum Alltag. Aber darin unterscheidet sich Indien nicht von anderen Ländern, in denen Gewalt gegen Frauen zu den Themen gehört, die am liebsten totgeschwiegen werden. Auch statistisch gesehen gehören wir in dieser Hinsicht nicht zu den schlechtesten Ländern – aber das macht es natürlich nicht besser. Entscheidend ist ein Gleichgewicht: So wie die Situation in vielen Gegenden Indiens schlecht ist, gibt es vielerorts positive Beispiele von Widerstand und Veränderung. Auch diese müssen benannt werden!

FES: In vielen westlichen Medien werden die aktuellen Proteste als neues indisches Phänomen bezeichnet, das eine Zeit des Wegschauens und Ignorierens von Gewalt gegenüber Frauen ablöst. Was halten Sie von diesem Bild?

Butalia: So wie Gewalt gegen Frauen kein neues Phänomen ist, ist auch der Protest dagegen keine neue Entwicklung. Schauen Sie sich um: Es gibt zahlreiche Proteste. Proteste gegen den Aufbau nuklearer Reaktoren, gegen große Staudämme, gegen Tötungen durch Sekten, wie etwa in Gujarat, gegen Korruption und natürlich gegen die Benachteiligung von Frauen. Manche sind neu, manche alt. Genauso schaffen es manche in die internationalen Medien, andere nicht. Vor allem ländliche Regionen und Proteste ärmerer Gesellschaftsschichten bleiben oft unberücksichtigt.

FES: Das heißt, es gab bereits vor Dezember entscheidende Proteste?

Butalia: Ja! Meines Erachtens ist es falsch, die aktuellen Proteste als etwas Neues darzustellen! Genauso falsch ist die Behauptung, gegen Vergewaltigungen sei vorher nichts getan worden. Bereits vor den Ereignissen im Dezember hatten verschiedene Frauenorganisationen einen Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht, der zur Diskussion stand. Danach wurde aber kaum gefragt, und wenn doch, wurden die entscheidenden Informationen in der Berichterstattung nicht berücksichtigt.

FES: Auch Männer schließen sich den Protesten an. Jedenfalls ist das immer wieder zu lesen. Wer steht tatsächlich hinter den Demonstrationen?

Butalia: Das ist schwer zu sagen. Es sind zahlreiche Menschen und sie unterscheiden sich sehr stark. Zum Beispiel sind alle Klassen und Kasten beteiligt, Leute vom Land, aus der Stadt, Junge und Alte, Männer und Frauen, Familien. Sie reichen von der Rechten bis zur Linken, von Leuten, die die Todesstrafe fordern, bis zu denen, die dagegen sind. In vielen Fällen fanden die Proteste spontan statt, ohne eine bestimmte führende Kraft. Aber in der Summe haben vor allem Studenten- und Frauengruppen sowie Wohlfahrtsverbände dazu aufgerufen.

FES: Ist das neu?

Butalia: Ja, vielleicht. Es ist das erste Mal, dass eine derart heterogene Gruppe für die Anliegen von Frauen eintritt. Als Reaktion öffnen sich Frauenorganisationen – vor allem auch gegenüber der Beteiligung von Männern.

FES: Die indische Regierung hat die Strafen für Sexualdelikte verschärft. Was denken Sie, muss darüber hinaus passieren?

Butalia: Sehr viel! Eine bloße Verschärfung der Strafen ist keine wirkliche Antwort. Einige Maßnahmen der Regierung sind gut. Zum Beispiel können Polizisten zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie sich weigern, einen Fall aufzunehmen. Andere Maßnahmen sind dagegen schlecht. Die Todesstrafe einzuführen, ist eine Katastrophe und wird nicht helfen. Wenn überhaupt, wird sie zu weniger Anzeigen führen. Denn Gewalt ist viel zu alltäglich in den meisten Familien. Oder die Strafe wird sogar zu mehr Morden führen, weil Vergewaltiger davon ausgehen, dass sie ohnehin hingerichtet werden.

FES: Was ist also notwendig?

Butalia: Wir brauchen Veränderungen in medizinischen Richtlinien, Verbesserungen in unserer Infrastruktur – es muss sicherer werden, von A nach B zu kommen, wozu auch eine bessere Straßenbeleuchtung gehört. Genauso brauchen wir sexuelle Aufklärung. Vor allem aber muss der Wille zum Wandel da sein, auf der staatlichen wie auch auf der gesellschaftlichen Ebene.

FES: Und hat dieser Wandel, von dem Sie sprechen, im Dezember bereits begonnen?

Butalia: Ein einziger Vorfall kann die indische Gesellschaft nicht verändern. Vergessen Sie nicht: Wir sind mehr als eine Milliarde Menschen, Tradition und Religion spielen eine zentrale Rolle in unserem Leben, ein Großteil von uns hat keinen Zugang zu formeller Bildung, es gibt enorme Klassenunterschiede in unserer Gesellschaft. Und genau wie in den Ländern des Globalen Nordens ist die Haltung gegenüber Frauen die, die sich am hartnäckigsten gegen Veränderung wehrt. Aber ja, trotzdem: Wandel wird kommen, doch er wird seine Zeit brauchen.

FES: Seit Monaten steht Indien nun im Fokus der internationalen Berichterstattung: Im Mai besuchte beispielsweise die UNO-Expertin Rashida Manjoo Indien. Wird dieser Besuch zum Wandel beitragen? Oder sehen Sie dadurch eher nachteilige Konsequenzen?

Butalia: Der Besuch von Rashida Manjoo war wichtig. Es ist gut, dass sie viele verschiedene Frauengruppen und andere Organisationen getroffen hat. Internationale Aufmerksamkeit ist hilfreich, sie wird Druck auf die indische Regierung ausüben, damit diese ihre Verantwortung nicht leugnet. Ich denke nicht, dass es dabei überhaupt Risiken gibt: Wenn die Situation hier schlecht ist, muss das wahrheitsgemäß international gezeigt werden, und wenn sich die Situation positiv dreht – durch Aktivismus oder auch im Regierungshandeln –, muss dies ebenfalls gezeigt werden. Gewalt gegen Frauen muss endlich die Aufmerksamkeit erhalten, die ihr angemessen ist: als eines der gravierendsten Probleme und Hindernisse der Entwicklung weltweit.

FES: Auch viele Feministinnen auf der ganzen Welt bekunden immer wieder ihre Solidarität mit Frauen in Indien. Auf unserer Veranstaltung sprachen Sie bereits davon, dass internationale Solidarität nur mit Respekt und auf Augenhöhe möglich ist. Wie weit sind wir davon entfernt?

Butalia: Solidarität und Respekt gibt es größtenteils. Aber sehr verbreitet sind auch eine schreckliche Ignoranz und Vorurteile zwischen Feminist_innen. Vor allem Feminist_innen im Globalen Norden neigen dazu, „ihren“ Feminismus als den überlegeneren, besseren darzustellen. Sie verhalten sich, als wäre es ein Wettrennen, bei dem wir zurückbleiben. Das ist falsch. Es gibt kein Wettrennen, bei dem eine Gruppe hinterherhinkt und eine andere Gruppe führt. Stattdessen müssen wir alle dieses Rennen bestreiten und dafür kämpfen, dass wir es gemeinsam gewinnen. Dabei sind wir alle unterschiedlich – und genau das ist bereichernd und sollte im Mittelpunkt des Rennens für ein Ende gegen Gewalt an Frauen stehen!

Urvashi Butalia ist Feministin, Historikerin und Publizistin. Sie gründete den ersten feministischen Verlag in Indien. Ihre Publikationen über Gewalt gegen Frauen sind international bekannt.

Ansprechpartnerinnen für Gender im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:

CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> und

FRANZISKA KORN <Franziska.Korn@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Indien: SARAH HEES (Projektleitung) <Sarah.Hees@fesindia.org>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Asien der Friedrich-Ebert-Stiftung: KATHRIN MEIßNER <Kathrin.Meissner@fes.de>



Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen immer vorne dabei. Hier auf einer Demonstration für geschlechtergerechte Löhne – Foto: Agentur Caro

GESCHLECHTERGERECHTE ARBEITSWELT?

Frauen sind gegenüber Männern in der Arbeitswelt noch immer benachteiligt: Sie arbeiten deutlich mehr in prekären Beschäftigungsverhältnissen, haben schlechtere Karrierechancen, sind in Führungspositionen unterrepräsentiert und erhalten weniger Lohn – konkret beträgt die Kluft zwischen Frauen- und Männerlöhnen 22 Prozent.

„Wir waren schon mal weiter“

Dabei steigt die Frauenerwerbsquote seit Jahren deutlich an. Nach aktuellen Zahlen der Bundesregierung hat im vergangenen Jahrzehnt die Anzahl erwerbstätiger Frauen um fast zwei Millionen zugenommen. Doch dieser Anstieg betraf fast ausschließlich die Teilzeitbeschäftigung. Die Zahl der Ehe- und Lebensgemeinschaften, in denen beide Partner_innen vollzeitbeschäftigt sind, ist rückläufig. Überproportional gestiegen ist dagegen der Anteil von Frauen im stetig wachsenden Niedriglohnsektor – dort sind inzwischen 65 Prozent weiblich.

Die Prekarisierung in der Arbeitswelt betrifft also vor allem Frauen und hat gravierende negative Konsequenzen für deren Alterssicherung. Im **Saarland** liegt der Anteil von Frauen im Niedriglohnsektor im bundesdeutschen Vergleich besonders hoch. Dort hat das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung Ende April dieses Jahres zur Diskussion über Diskriminierung und stärkere Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt geladen. Die Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Elke Ferner resümierte: „Wir waren schon einmal weiter!“.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Dieses Fazit lässt sich ebenfalls ziehen, wenn es um die Ablehnung des verbindlichen Quotenmodells durch die konservativ-liberale Mehrheit im Bundestag geht. Auch hier waren wir bereits weiter, das heißt näher an einem Instrument für eine geschlechtergerechte Arbeitswelt. Doch die gesellschaftliche Debatte über das Thema

hält an, die Oppositionsparteien und viele Organisationen (siehe FidAR, Pro Quote, Berliner Erklärung, Deutscher Juristinnenbund und viele andere) machen weiter Druck – zu Recht, denn tatsächlich hat sich bislang wenig geändert. Zwar gibt der Führungskräfte-Monitor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung an, dass heute mehr Frauen in den Aufsichtsräten europäischer Firmen sitzen als noch vor fünf Jahren – aber mit 3 Prozent der Vorstandsposten und 16 Prozent der Aufsichtsratsposten sind die Zahlen in Deutschland verschwindend gering.

Das geht bekanntlich auch anders: In Schweden etwa sind immerhin schon 21 Prozent der Vorstandsposten und 25 Prozent der Aufsichtsratsposten mit Frauen besetzt, und Norwegen hat dank der Quote bereits vor Längerem die 40-Prozent-Marke geknackt.

Über die aktuelle Situation von Frauen in Führungspositionen, wirtschaftlichen Unternehmenserfolg und mögliche Instrumente wie die Quote wurde auch bei einer Veranstaltung des Managerkreises mit dem Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg der Friedrich-Ebert-Stiftung in **Karlsruhe** diskutiert. Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung empfiehlt eine 40-prozentige Geschlechterquote in Aufsichtsräten.

Geschlechtergerechte Personalpolitik

Die Quote ist die eine Seite, die Unternehmenskultur die andere. Wie kann es in Unternehmen gelingen, Frauen besser zu fördern und auf diese Weise eine weibliche „Talent-Pipeline“ aufzubauen? Bei

der Aktion „50 Prozent“ bietet der Managerkreis in Kooperation mit dem Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung **Berlin** deutschlandweit eine Gesprächsreihe für Personalverantwortliche an, um diese Fragen zu diskutieren. Die Pilotveranstaltung fand im April in Potsdam statt. Als Impulsgeber stand der ehemalige Personalvorstand der Telekom Thomas Sattelberger zur Verfügung.

Vor drei Jahren hat er bei der Telekom als erstem DAX-Unternehmen eine 30-Prozent-Frauenquote für alle Hierarchieebenen eingeführt. Nun berichtete er den Führungskräften von seinen Erkenntnissen und Erfahrungen in diesem Prozess. Sattelberger machte klar: „Bei der strategischen Personalplanung geht es um zwei Themen, die alles entscheiden: Arbeitszeiten und Karrieresysteme.“ Er forderte: „Wir müssen uns verabschieden von der Idee, der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin habe uns ‚vollumfänglich‘ zur Verfügung zu stehen.“ Ziel sei ein anderes Arbeitszeitregime, das zum Beispiel auch Führung in Teilzeit möglich mache. Wichtig sei für ihn die Vorbildrolle besonders der männlichen Chefs: „Wenn ein René Obermann sagt, ‚ich mache morgen Homeoffice‘, dann hat das eine unglaublich positive Wirkung.“

In punkto Karrierewege riet Sattelberger, die Karrieremuster des Unternehmens infrage zu stellen, vor allem die typische „Schnellstarterkarriere“, also die Idee, dass die wichtigsten Karriereschritte in einem kleinen Zeitfenster zwischen dem 27. und 35. Lebensjahr stattfinden müssten. Der frühere Personalvorstand erklärte auch noch einmal die Vorzüge einer Frauenquote: Sie habe im gesamten Konzern der Telekom für viel mehr Transparenz bei Personalentscheidungen gesorgt und den Blick für weibliche Potenziale erheblich geschärft.

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rheinland-Pfalz und dem Saarland:

STEPHANIE HEPPEL (Büroleitung) <Stephanie.Hepper@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:

CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>

Ansprechpartner für Gender im Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:

PATRICK RÜTHER <Patrick.Ruether@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büroleitung):

DR. SABINE FANDRYCH <Sabine.Fandrych@fes.de>



Netzwerke sind für politisch aktive Frauen besonders wichtig – Foto: FES Brüssel

JETZT REDEN WIR!

Wer politisch aktiv ist, weiß, wie wichtig es ist, seine Interessen erfolgreich vertreten zu können. Eine gute Rhetorik, ein selbstbewusstes Auftreten und ein klares Ziel entscheiden oft im Kampf um Geschlechtergerechtigkeit und politische Teilhabe.

Seit einigen Jahren bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung **Berlin** in Kooperation mit der Europäischen Akademie Berlin das Seminar „Erfolgreich Interessen vertreten“ an. Es richtet sich in erster Linie an Frauen mit Migrationshintergrund, die sich in einer Migrantenselbstorganisation oder anderen politischen Organisationen engagieren. Denn obwohl immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland leben, findet sich diese Vielfalt nicht in der politischen Interessenvertretung wieder. So gelangen entscheidende Wissensschätze nicht in den politischen Dialog. Vor allem Frauen mit Migrationshintergrund sind politisch nicht ausreichend vertreten. Im Seminar wird deshalb an zwei bis drei Tagen diskutiert, warum Lobbyarbeit wichtig ist, was erfolgreiche Projektanträge und Akquise auszeichnet und wie sicheres und überzeugendes Auftreten geübt werden kann.

Im April dieses Jahres fand das Seminar gleich zweimal statt: Einmal, wie in den vergangenen Jahren, ausschließlich mit Frauen, beim zweiten Mal wurde das Seminar auch für Männer mit Migrationshintergrund geöffnet. Letzteres bot die Möglichkeit zu analysieren, inwiefern Männer und Frauen unterschiedlich kommunizieren, wie diese Kommunikationsformen mit Stereotypen verbunden und wiederum in unsere Gesellschaft eingeschrieben sind. Nach lebhaften Debatten und Rollenspielen konnten einige Klischees über Bord geworfen werden.

Turbo-Trainings für Frauen

Im Spagat zwischen Familie, Beruf und politischem Ehrenamt kann ein mehrtägiges Seminar manchmal zu einem zeitlichen Dilemma für Frauen werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet deshalb in **Bremen, Hamburg** und **Schleswig-Holstein** Turbo-Trainings für politisch aktive Frauen an. Drei Stunden lang arbeiten die Teilnehmerinnen verdichtet an einzelnen Themen, die für ihr politisches Engagement wichtig sind. Während es in den vergangenen Monaten vorwiegend um den Umgang mit Presse und Öffentlichkeit ging, stellen die nächsten Trainings auch Stimme und Sprache in den Mittelpunkt. Denn es ist höchste Zeit – da sind sich die Teilnehmerinnen immer wieder einig –, dass endlich mehr politisch aktive Frauen das Wort ergreifen, ihr Anliegen zum Thema machen und sagen: Jetzt reden wir!

Vernetzen!

Dabei ist es vor allem notwendig, sich miteinander zu vernetzen und Koalitionen zwischen politisch aktiven Frauen auch über Ländergrenzen hinweg zu schließen. Dieses Ziel verfolgte beispielsweise eine Delegation junger polnischer, tschechischer, slowakischer und ungarischer Sozialdemokratinnen, die Ende April dieses Jahres nach Brüssel reisten. Organisiert von dem Regionalprojekt „Geschlechtergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem FES-Büro in **Brüssel**, konnten die Politikerinnen sich mit Entscheidungsträgerinnen auf europäischer Ebene austauschen, aktuelle gesellschaftspolitische Fragen diskutieren und Strategien für eine erfolgreiche Interessenvertretung in den Blick nehmen. Für die Teilnehmenden stand schnell fest, dass sie auch zukünftig ihr Netzwerk auf regionaler wie auf europäischer Ebene stärken wollen.

Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:
FRANZISKA KORN <Franziska.Korn@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro Hamburg der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büroleitung):
GABY WITTPOHL <hamburg@fes.de>

Projektkoordinatorin Regionalprojekt „Geschlechtergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, FES-Büro Ungarn:
ESZTER KOVÁTS <Eszter.Kovats@fesbp.hu>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:
DR. STEFANIE ELIES <Stefanie.Elies@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Brüssel:
FRIEDERIKE KAMM <Friederike.Kamm@fes-europe.eu>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Westeuropa/Nordamerika:
SUSANNE STOLLREITER <Susanne.Stollreiter@fes.de>



Anlässlich des Internationalen Frauentags 2013 gingen viele Frauen in Pakistan auf die Straße – Foto: Reuters.

DISKURSIVE RÄUME SCHAFFEN!

Auch wenn aktuell der Eindruck entstehen könnte, Geschlechterverhältnisse seien in aller Munde, ist die Realität doch eine andere. Vor allem Frauen, die Opfer sexueller Gewalt werden, bleiben häufig still und unsichtbar. Was in vielen Fällen fehlt, ist Wissen über die jeweilige Rechtslage. Besonders aber mangelt es an Möglichkeiten und Orten, um sich frei und sicher auszutauschen.

MovieLog: Denkanstöße setzen

Ein Beispiel dafür ist Pakistan. Säureattentate auf Frauen gehören hier zur grausamen Realität. Seit 2012 sind sie als Form von häuslicher Gewalt gesetzlich anerkannt und stehen unter Strafe. Zwar wurden seitdem deutlich mehr Fälle von Säureattentaten registriert, doch ist vor allem in ländlichen Gegenden weder das Bewusstsein über die Problematik noch das Wissen über die Rechtslage besonders ausgeprägt. Mangelnde Bildung sowie der hohe Druck innerhalb der Familien und Clans führen in der patriarchalisch organisierten Gesellschaft Pakistans oft dazu, dass häusliche Gewalt gegen Frauen gar nicht erst öffentlich bekannt oder angezeigt wird. Was im Privaten passiert, bleibt der Öffentlichkeit meistens verborgen. Überhaupt gibt es in der pakistanischen Gesellschaft nur wenige öffentliche Räume, die Frauen – jenseits des Familienkontextes und über die oft sehr mangelhaften Bildungsinstitutionen hinaus – zum Austausch über gesellschaftliche Fragen ermutigen.

Gemeinsam mit dem *Centre of Excellence in Gender Studies* der *Quaid-i-Azam University Islamabad* sowie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in **Pakistan** Anfang 2012 begonnen, einen solchen diskursiven Ort zu schaffen. „MovieLog. Think-Challenge-Question“ ist ein Format, bei dem durch Vorführungen einer großen Bandbreite internationaler Filme mit Gender-Bezug und anschließende Diskussionen Frauen- und Geschlechterbilder reflektiert und Denkanstöße für mehr Gleichberechtigung gegeben werden.

Rechtliche und soziale Stellung diskutieren

Ein anderes Beispiel ist der **Südsudan**. Knapp zwei Jahre nach der Unabhängigkeit vom Sudan ist der jüngste Staat der Welt weit entfernt von einer geschlechtergerechten Gesellschaft und gleichen Rechten für Frauen und Mädchen. Hochgradig problematisch ist nicht zuletzt die aktuelle Rechtslage im Familien- und Personenstandsrecht. Maßgeblich sind hier laut Gesetz die – bei den ethnischen Gruppierungen jeweils unterschiedlichen – „*cultural norms and traditions*“, die in der Regel ein sehr patriarchales Gesellschaftsbild widerspiegeln und in starkem Gegensatz zu den Gleichheitsgrundsätzen der südsudanesischen Verfassung stehen. Darüber hinaus wirken sich stereotype Rollenzuschreibungen, überkommene Deutungsmuster und daraus resultierende Diskriminierungen maßgeblich auf die wirtschaftliche, politische und soziale Teilhabe von südsudanesischen Frauen aus.

Eine wichtige Kooperationspartnerin der Friedrich-Ebert-Stiftung im Südsudan ist die *Central Equatoria Women Union*. Bei einer Reihe gemeinsamer Aktivitäten – deren vorläufiger Abschluss ein Workshop zum Thema „Gender-based violence“ Ende März 2013 war – wurde in den letzten anderthalb Jahren die rechtliche und soziale Stellung von Frauen und Mädchen diskutiert. Zudem wurden Netzwerke geknüpft, um bestehenden Missständen und Diskriminierungen gemeinsam entgegenzutreten.

Vernetzen: Von- und miteinander lernen

Ähnlich wie im Südsudan bildet die Vernetzung von Frauenrechtlerinnen auch einen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in **Algerien**. Während des zehnjährigen Bürgerkriegs mussten viele algerische Frauenrechtlerinnen ihre Energie gegen Fundamentalismus und Salafismus aufwenden. Etliche Frauen wurden diffamiert, verschleppt und vergewaltigt. Zwei leitende Polizistinnen wurden von Extremisten umgebracht – aus antifrauenrechtlichen Motiven. Während dieses sogenannten schwarzen Jahrzehnts erlitt die frauenrechtliche Arbeit harte Rückschläge. Und doch versucht sich aktuell eine neue Gruppe überwiegend junger algerischer Frauenrechtlerinnen Gehör zu verschaffen und im öffentlichen Raum sichtbar zu machen, was im Privaten passiert. In diesem Prozess blicken viele algerische Frauen zu ihren Mitstreiterinnen in den Nachbarländern.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Algerien nahm diese Entwicklungen zum Anlass, um im April dieses Jahres ein genderpolitisches Seminar mit Frauenrechtlerinnen aus Algerien, Tunesien, Marokko und Ägypten zu organisieren. Im Mittelpunkt stand der Austausch von Erfahrungen. Für alle Teilnehmenden war schnell klar, dass Strategien immer im jeweiligen Kontext des Landes gesehen werden müssen. Was etwa in Marokko funktioniert – einem Land, in dem bereits in den 1940er Jahren eine starke frauenrechtliche Bewegung politischen Respekt erlangte –, kann nicht zwangsläufig auf Algerien übertragen werden. Und dennoch zeigte sich auch für diese vier Länder, was bereits in Pakistan und Südsudan deutlich wurde: Es fehlt an sicheren Räumen für Frauen. Viele empfanden das Seminar daher als „Befreiungsschlag“, endlich frei und offen über die aktuelle politische und rechtliche Lage sowie den ganz persönlichen Alltag in patriarchalischen Strukturen sprechen zu können.

Diskursive Räume festigen

Die Bedeutung und Notwendigkeit von diskursiven Räumen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in patriarchalischen Gesellschaften scheint unumstritten. Wie aber können diese Räume langfristig zu einem festen Bestandteil der jeweiligen Gesellschaften werden? Für die Professorin Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins, die an einem runden Tisch zu Gewalt gegen Frauen der Friedrich-Ebert-Stiftung **Sri Lanka und Malediven** teilnahm, steht fest, dass besonders der Wandel von Einstellungen und Überzeugungen in patriarchalischen Gesellschaften notwendig ist. Ein solcher Wandel, der mit dem Aufbrechen von Geschlechternormen und -traditionen einhergeht, ist ein langwieriger Prozess, sein Ende in vielen Gesellschaften nicht absehbar. Kurzfristig muss es deshalb darum gehen, bereits etablierte Räume, wie etwa den MovieLog, aufrechtzuerhalten, um noch mehr Frauen einen Raum zum Austausch und Hinterfragen zu ermöglichen.

Ansprechpartner für Gender im Büro der

Friedrich-Ebert-Stiftung in Pakistan:

PHILIPP KAUPPERT (Landesvertretung) <rd@fes-pakistan.org>

Ansprechpartner für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung

in Südsudan (Landesvertretung):

FLORIAN DAEHNE <fdaehne@fessouthsudan.org>

Ansprechpartner für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung

in Algerien (Landesvertretung):

DR. KLAUS-PETER TREYDTE <info@fes-alger.org>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Naher und

Mittlerer Osten/Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung:

DR. BEYHAN ŞENTÜRK <Beyhan.Sentürk@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Asien der

Friedrich-Ebert-Stiftung:

KATHRIN MEIßNER <Kathrin.Meissner@fes.de>



LSBTI-Menschen demonstrieren für Gleichberechtigung in Südafrika – Foto: Reuters

WIE MIT HOMOPHOBIE POLITIK GEMACHT WIRD. MENSCHENRECHTE UND VERFOLGUNG VON LSBTI-AKTIVIST_INNEN IN AFRIKA

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dennoch werden in vielen Ländern der Welt Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität stigmatisiert, diskriminiert und verfolgt. In einigen Ländern werden immer wieder strengere Gesetzesvorlagen diskutiert, die ein drakonisches Vorgehen bis hin zur Todesstrafe fordern. Homosexualität gilt in 38 Ländern als Straftat.

„Die meisten Gesetze gegen Lesben und Schwule stammen noch aus der Kolonialzeit“, sagte Dr. Rita Schäfer während der Präsentation ihrer Studie über Homophobie in Afrika Ende Januar in der Friedrich-Ebert-Stiftung **Berlin**. „Sie sind trotz Unabhängigkeit ein bis heute existierender Import der Kolonialherren, denn natürlich war und ist Homosexualität genauso in Afrika existent wie überall auf dieser Welt“, ergänzte die renommierte Wissenschaftlerin und Mitautorin Eva Range vor über einhundert Teilnehmenden bei der gemeinsamen Veranstaltung des queeren Berliner Stadtmagazins „siegessäule“ und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Aktuelle Herausforderung sei es, aufzuklären und die menschenverachtenden Gesetze abzuschaffen. Überall dort, wo schwache Regierungen und autokratische Präsidenten unter politischen oder wirtschaftlichen Druck geraten, lassen sich Tendenzen ausmachen, die sexuelle Minderheiten ausgrenzen. Angestachelt von religiösen Fanatikern, die oft aus evangelikalen Kreisen der USA finanziert werden, kriminalisierten einige afrikanische Länder abweichende Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen.

Die Internationale Politikanalyse des Afrika-Referats der Friedrich-Ebert-Stiftung zeichnet diese Mechanismen nach. Anhand von Länderbeispielen versuchen die Autorinnen, Antworten zu geben und politische Strategien zu finden, welche zu mehr Akzeptanz und Toleranz führen können.

Dabei bleibt es wichtig, kontextbezogen vorzugehen und die speziellen Situationen in den einzelnen Ländern zu berücksichtigen, betonte Godwyns Onwuchekwa von der nigerianisch-britischen Organisation „Justice for Gay Africans“. „Die Rechte von Lesben und Schwulen sind kein Luxusthema, sondern integraler Bestandteil der Menschenrechte“, so der menschenrechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Christoph Strässer. „Es bleibt in erster Linie eine politische Aufgabe, sie zu schützen und auch in Deutschland gleichzustellen.“ Die vierteilige Reihe des Afrika-Referats wurde ergänzt durch zwei Kinofilme und eine Radiosendung in Kooperation mit Radio Queerlive vom Bürgerradio ALEX.

Zum Weiterlesen:

Wie mit Homophobie Politik gemacht wird. Menschenrechte und Verfolgung von LSBTI-Aktivist_innen in Afrika:
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09598.pdf>

Weitere Informationen zur Vorstellung, zu der Radiosendung und den Kinofilmen: www.fes.de/afrika

*Ansprechpartner für Gender im Referat Afrika der
Friedrich-Ebert-Stiftung:*
OLIVER DALICHAU <Oliver.Dalichau@fes.de>



Verschiedene Vorstellungen! Nicht eine Männlichkeit, sondern verschiedene Männlichkeiten müssen ihren Platz bekommen – Foto: Jens Schicke

WANN IST DER MANN EIN MANN?

Während sich die vielen möglichen Rollen und Identitäten von Frauen langsam breiterer gesellschaftlicher Akzeptanz erfreuen, wird die bisher unhinterfragte Selbstverständlichkeit männlicher Identitäten brüchig. Ist der Mann also in der Krise – und wann ist der Mann überhaupt ein Mann?

Diese Frage war konkreter Gegenstand einer Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin im März dieses Jahres. „Man wird nicht als Mann geboren...“ – unter diesem Titel wurde in diversen Panels erörtert, wo welche Bilder von Männlichkeit(en) (re-)konstruiert werden, was hinter den aktuellen Krisendiagnosen steckt und wo tatsächliches Potenzial für Veränderung und alternative Entwürfe von Männlichkeit liegt.

Männer in der Krise?

Schon in der ersten Workshoprunde, die sich mit dem derzeitigen Krisenbegriff von Männlichkeit auseinandersetzte, hielt die Journalistin und Autorin Dr. Ute Scheub fest, dass der Krisendiskurs so alt sei wie das Patriarchat, das den Männern ebenso schade wie den Frauen. Auch Professor Martin Lücke von der Freien Universität Berlin machte deutlich, dass der Krisendiskurs nicht neu sei und die entsprechende Rhetorik immer dann aufkomme, wenn sich Männlichkeit in gesellschaftlichen Umbruchphasen neu konstituieren müsse, etwa im Hochmittelalter, in der Renaissance, nach Ende des Ersten Weltkrieges oder in der Nachkriegszeit ab 1945. Der Krisendiskurs sei vor allem eine „Resouveränisierungsstrategie“, um hegemoniale Männlichkeit, also die Vormachtstellung, weißer, heterosexueller Männlichkeit erneut herzustellen und zu stabilisieren. Dabei lenke er von anderen Problemen ab. Die fragile Hybridität von Männlichkeit ist demzufolge keinesfalls nur ein Kennzeichen von postmodernem Gender Trouble, sondern stellt in der Vormoderne wie in der Moderne ein wesentliches Merkmal bei Konstruktionsprozessen von Männlichkeit dar.

Auf den Krisendiskurs ging auch Dr. Thomas Gesterkamp ein. Dabei legte er besonderes Augenmerk auf den drohenden Machtverlust hegemonialer Männlichkeit. Dieser werde häufig von maskulinistischen Strömungen aufgegriffen, welche hysterisch das „Ende des weißen Mannes“ verkünden, wie Gesterkamp, Hinrich Rosenbrock und Dr. Regina Frey es im gleichnamigen Panel beschrieben. Mit Schlagzeilen wie „Amerika kastriert Polizisten und Feuerwehrmänner“ (*Die Welt* – 4.2.2013) machte Frey zudem darauf aufmerksam, dass die dramatische Inszenierung angeblicher Männlichkeitskrisen kein Randthema sei und als absurder gesellschaftlicher Effekt ebenfalls in den Mainstreammedien artikuliert würde.

„Vatersein ist keine Fata Morgana mehr“

Neben den verschiedenen Krisendiskursen stand die Neudefinition der Rolle des Vaters im Fokus. Durch sich wandelnde Arbeits- und Lebensbedingungen werden tradierte Vorstellungen von Männlichkeit (und Weiblichkeit) aufgebrochen und neu interpretiert. Folglich hat sich auch die Vaterrolle stark verändert. „Vatersein ist keine Fata Morgana mehr“, betonte Volker Baisch, Unternehmensberater und Experte für Väter in Führungspositionen. Bei vielen Vätern wachse das Bedürfnis, sich aktiv in der Familie zu engagieren. Wurde familiäres Engagement einst noch als „unmännlich“ betrachtet, so identifizierten sich heute immer mehr Männer über ihr Vatersein und fühlten sich dadurch in ihrer Identität gestärkt.

Konzepte „neuer Männlichkeit“, die sich von tradierten Stereotypen und Machtformationen abgrenzen, seien durchaus visionäre Entwürfe, wie einige der Expert_innen hervorhoben. Trotzdem sei der „neue Mann“, gemessen am medialen Hype um ihn, immer noch

eine „Nischenrealität“. Die eigentlichen Differenzen, die eine Neuformulierung von Männlichkeit inspirieren könnten, würden bisher kaum thematisiert, erklärte Katharina Debus von Dissens e.V. Denn vor allem diskriminierte Männlichkeiten, wie People-of-Color-Männer oder Transgender-Männer, seien aufgrund ihrer Erfahrungen von Benachteiligungen kreativer und empathischer, um alternative Modelle zu schaffen. Der „neue Mann“ bleibe angesichts dessen zunächst eher ein Mythos oder eine Projektionsfläche.

Männlichkeit? Nein, Männlichkeiten!

Die Tagung hat insgesamt verdeutlicht, dass nicht von Männlichkeit, sondern von Männlichkeiten zu sprechen ist. Nur dadurch könne der Diversität von Männlichkeit Rechnung getragen werden. Dies betonte Professor Jürgen Martschukat von der Universität Erfurt bereits zu Anfang und gab damit einen wichtigen Impuls, der sich wie ein roter Faden durch alle Panels zog.

Zum Weiterlesen:

<http://manwirdnichtsmanngelassen.blogspot.de/>

*Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“
der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin:*

CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>



Gender Mainstreaming: Frauen und Männer gleichberechtigt im Blick behalten – Foto: Andrea Schmidt

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN SÜDOSTASIEN

Im November 2007 verabschiedete der Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN) eine Charta, in der sich die Mitgliedsstaaten auf gemeinsame Prinzipien wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verständigten. Bis 2015 soll auf dieser Basis eine sicherheitspolitische, wirtschaftliche und soziopolitische Staatengemeinschaft entstehen. Im November 2012 haben die ASEAN-Staaten eine Menschenrechtserklärung verabschiedet, die von vielen Organisationen stark kritisiert wurde. Ein Aspekt dabei war die Berücksichtigung der Situation von Frauen.

In den zehn ASEAN-Mitgliedsstaaten ist Geschlechtergerechtigkeit sehr unterschiedlich ausgeprägt. Einige Staaten haben in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielt, andere nur geringfügige Verbesserungen erreicht. So zählen die Philippinen heute weltweit zu den fünf fortschrittlichsten Ländern beim Abbau der Geschlechterungleichheit. Kambodscha dagegen gehört nach dem Global Gender Gap Report zu den fünf Ländern mit der stärksten Geschlechterungleichheit.

Als die Kampagne „One Billion Rising“ im Februar 2013 zum Protest gegen Gewalt gegen Frauen weltweit aufrief, setzten auch die Mitarbeiter_innen des ASEAN-Sekretariats in Indonesien ein Zeichen: Über die Hälfte der Mitarbeiter_innen, darunter der Generalsekretär Le Luong Minh und zwei stellvertretende Generalsekretär_innen, wiesen mit erhobenen Finger auf die Dringlichkeit hin, der Gewalt gegen Frauen weltweit ein Ende zu setzen.

Gender Mainstreaming: Maßnahmen unter die Lupe nehmen

Doch welche Möglichkeiten hat das ASEAN-Sekretariat, um die Geschlechtergerechtigkeit in den Mitgliedsstaaten voranzutreiben? Eine Option ist, Gender Mainstreaming in den Arbeitsalltag des Sekretariats zu integrieren. Als eines der wichtigsten Organe koordiniert das Sekretariat die Arbeit der Mitgliedsländer, steuert die gemeinsamen Aktivitäten und kann darüber hinaus entscheidende Impulse in die Länder senden – auch bezüglich der Geschlechtergerechtigkeit.

Aber wie kann das konkret funktionieren? Gender Mainstreaming ist ein Instrument, das alle Maßnahmen dahingehend untersucht, welche Wirkungen sie auf Frauen und Männer haben. Dahinter steht die Erkenntnis, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt. Frauen und Männer können auf sehr unterschiedliche Weise von politischen und administrativen Entscheidungen betroffen sein. Die Berücksichtigung von Gender Mainstreaming würde für das ASEAN-Sekretariat bedeuten, bei allen Vorhaben die diversen Interessen und Bedürfnisse von Frauen und Männern zu analysieren

und daraufhin Entscheidungen und Maßnahmen so zu gestalten, dass sie dazu beitragen, Geschlechtergerechtigkeit tatsächlich zu fördern.

Während Gender Mainstreaming in Europa mit dem Amsterdamer Vertrag 1997 als verbindliche Richtlinie für alle Mitgliedsstaaten offiziell eingeführt wurde, ist die Situation in **Südostasien** anders. Verbindliche Richtlinien existieren bisher nicht. Umso wichtiger ist der Schritt des ASEAN-Sekretariats, Gender Mainstreaming im Arbeitsalltag umzusetzen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Südostasien unterstützt dieses Vorhaben und begleitete im Februar dieses Jahres die erste von zwei Fortbildungen der Sekretariatsmitarbeiter_innen. Dabei wird der Blick nach außen und innen gerichtet – schließlich muss es Geschlechtergerechtigkeit auch innerhalb des Sekretariats geben!

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung für regionale Zusammenarbeit in Asien:
JULIA MÜLLER <julia.mueller@fes-asia.org>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Asien der Friedrich-Ebert-Stiftung:
KATHRIN MEIßNER <Kathrin.Meissner@fes.de>



Das ukrainische Parlament ist männerdominiert – Foto: Reuters

WAHLEN IN OSTMITTELEUROPA – GENDERGERECHT ODER NICHT?

Nicht nur wer wählen darf, hat Einfluss auf die parlamentarische Repräsentanz von Frauen, sondern vor allem auch, wie gewählt wird. International vergleichende Studien zeigen: Wer gegen die Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten vorgehen will, muss auch das Wahlsystem in den Blick nehmen.

Dieser Notwendigkeit kam das Regionalprojekt „Gendergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Anfang Mai dieses Jahres mit einer internationalen Konferenz in Budapest nach. Unter dem Motto „Women’s Participation in Politics: Do Electoral Systems matter?“ wurde diskutiert, welchen Einfluss Wahlsysteme in Ostmitteleuropa auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene haben: auf die Kandidat_innenaufstellung von Parteien und auf den Anteil von Frauen als gewählte Entscheidungsträgerinnen.

Weitgehender Konsens besteht darin, dass Verhältniswahlsysteme die Repräsentanz von Frauen und somit Geschlechtergerechtigkeit eher begünstigen, wogegen Mehrheitswahlsysteme das Gegenteil bewirken. Dies zeigt sich beispielsweise auf der europäischen Ebene: Die Mitgliedsstaaten mit den höchsten Anteilen weiblicher Abgeordneter, wie etwa Schweden oder Finnland, haben ausnahmslos ein Verhältniswahlrecht; die Länder mit dem niedrigsten Frauenanteil, wie Italien, Frankreich oder Griechenland, haben entweder ein abgeschwächtes Verhältniswahlrecht oder ein Mehrheitswahlsystem.

Umso mehr bot die kürzlich verabschiedete Ausweitung des Mehrheitswahlrechts unter der Regierung Viktor Orbáns in Ungarn Anlass zur Kritik. Vertreter_innen aus Ostmitteleuropa bemängelten, dass Ungarn mit einem Frauenanteil von nur 9 Prozent ohnehin schon auf dem letzten Platz der EU liege. Die Entscheidung, im gemischten System nun auch noch den Mehrheitswahlanteil zu

stärken, könne dazu führen, dass bei den Parlamentswahlen 2014 noch weniger Frauen ins Parlament kämen als es ohnehin schon der Fall sei.

Geschlechtergerechtigkeit durch Quoten

Die Situation in Polen und Litauen ist ein wenig besser. Der Frauenanteil liegt dort bei circa 24 Prozent. Wie Ungarn hat auch Litauen ein gemischtes Wahlrecht: Etwa die Hälfte der Sitze im nationalen Parlament werden im Verhältniswahlrecht gewählt; auch in Polen gibt es ein gemischtes Wahlsystem. Litauen und Polen machen deutlich, dass neben dem Wahlsystem noch andere Faktoren die Höhe des Frauenanteils in politischen Vertretungen beeinflussen: Der höhere Anteil von Frauen im litauischen Parlament geht auch darauf zurück, dass die dort gewählte sozialdemokratische Partei eine freiwillige Frauenquote von 40 Prozent eingeführt hat. Sie ist allerdings die einzige Partei in Litauen, die sich für eine solche Quote entschieden hat. In Polen wurde bereits 2011 das Wahlrecht um eine Quote für die Kandidat_innenlisten aller Parteien erweitert: Mindestens 35 Prozent Frauenanteil sollen die Listen nun aufweisen. Auch wenn Polen und Litauen noch weit entfernt sind von einer tatsächlichen Parität, zeigen sie, wie wichtig das Instrument der Quote für Geschlechtergerechtigkeit ist.

Darüber hinaus nahmen die Teilnehmenden der Konferenz tradierte gesellschaftliche Normen in den Blick. Zur Diskussion standen die

Art und Weise, wie Entscheidungen in Parteien und über Kandidaturen getroffen werden, sowie der unterschiedliche Zugang zu finanziellen Ressourcen. Insgesamt stieß die Veranstaltung auf so großes Interesse, dass auch die ungarischen Medien darüber berichteten. Die Ausweitung des Mehrheitswahlsystems in Ungarn kann damit zwar nicht rückgängig gemacht werden, doch der Druck auf die Regierung steigt!

Projektkoordinatorin Regionalprojekt „Geschlechtergerechtigkeit in Ostmitteleuropa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, FES-Büro Ungarn:
ESZTER KOVÁTS <Eszter.Kovats@fesbp.hu>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung:
DR. STEFANIE ELIES <Stefanie.Elies@fes.de>



Mehr Frauen an die Spitze! Angeregte Diskussion im Fritz-Erler-Forum – Foto: Dr. Sabine Fandrych

EINSAM AN DER SPITZE

Die verbindliche Frauenquote ist durch die Ablehnung der konservativ-liberalen Mehrheit im Bundestag vorerst gescheitert, doch die Debatte über dieses entscheidende Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Privatwirtschaft hält an.

Zu Recht, denn an der Realität hat sich bisher wenig geändert: Nach wie vor stagnieren Frauenanteile in den Spitzenpositionen der deutschen Privatwirtschaft auf einem niedrigen Niveau. Erstaunlich unberücksichtigt von der gesellschaftlichen Debatte bleiben bisher die öffentliche Wirtschaft und der öffentliche Dienst. Dabei ist auch hier die Situation alles andere als geschlechtergerecht.

Frauen im öffentlichen Sektor

Der öffentliche Dienst ist seit geraumer Zeit ein wichtiger Beschäftigungssektor für Frauen. Mit der Etablierung familienfreundlicher Arbeitsformen hat sich der grundsätzliche Zugang zum öffentlichen Dienst in den letzten Jahren positiv verändert. Von den 5,7 Millionen Beschäftigten sind 53 Prozent Frauen. In öffentlichen Unternehmen liegt der Frauenanteil bei 48 Prozent. Erschwert bleibt jedoch der Zugang zu bestimmten Segmenten, vor allem zu den klassischen Versorgungs-, Verkehrs- und Industriebetrieben sowie zu den Führungsebenen. So sind Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst insgesamt zu 33 Prozent vertreten. Allerdings zeigt sich auch hier das Problem der viel diskutierten „gläsernen Decke“: Mit steigender Hierarchieebene sinkt der Frauenanteil an den Führungspositionen.

In den öffentlichen Unternehmen sind Frauen in Führungspositionen noch stärker unterrepräsentiert als in den Verwaltungen. Besonderer Handlungsbedarf besteht im Finanzsektor: Der Frauenanteil von weniger als 3 Prozent in den Vorständen der größten öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen (2011) ist noch niedriger als jener der DAX-30-Unternehmen. Mehr als 90 Prozent der untersuchten Vorstände sind rein männlich besetzt. Legt man die

Entwicklung der letzten fünf Jahre zugrunde, wird es noch 792 Jahre dauern, bis Frauen und Männer in den Vorständen der öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen gleichermaßen vertreten sind.

Die „gläserne Decke“ einreißen

Diese brisanten Ergebnisse finden sich in der Studie „Einsam an der Spitze. Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor“, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung **Berlin** 2012 erstellt hat. Derzeit tourt die Studie durch die Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung. Im März dieses Jahres kamen beispielsweise in Stuttgart auf Einladung des Fritz-Erler-Forums **Baden-Württemberg** über 120 Frauen aus Politik und Wirtschaft zusammen, um die Studie gemeinsam mit der Autorin Julia Schimeta zu diskutieren. Zwar seien die Gleichstellungsgesetze der 80er und 90er Jahre ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung gewesen – die Umsetzung hapere aber an vielen Stellen und entziehe sich entscheidenden Kontrollmechanismen, resümierten die Teilnehmerinnen. Die Daten bestätigen dieses Urteil: Im bundesweiten Vergleich rangiert Baden-Württemberg auf dem viertletzten Platz, was den Anteil an Frauen in Führungspositionen in öffentlichen Unternehmen der Länder betrifft.

Aber nicht nur in Baden-Württemberg, sondern insgesamt ist die Lage erschreckend. Zwar ist der öffentliche Sektor weitestgehend gleichstellungsrechtlich reguliert, doch die entscheidenden Instrumente, wie die einzelfallbezogene Quote oder die qualifikationsabhängige Entscheidungsquote, werden kaum angewendet. Die ehemalige Bundesministerin Renate Schmidt, eine der Initiatorinnen

der Studie, spricht von ernst zu nehmenden Umsetzungslücken. Bisher werden die in die Gesetze eingeschriebenen möglichen Ausnahmen häufiger in Anspruch genommen als das Regelverfahren durchgeführt wird. „Gesetze müssen nicht nur beschlossen, also gesetzt werden, Gesetze müssen auch umgesetzt werden“, mahnte die ehemalige Bundesministerin auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in **Bayern** an. In Bayern wie auch in anderen Bundesländern müsse es deshalb darum gehen, aus den bisherigen Gesetzen Gleichstellungsgesetze mit Biss und Wirkung zu machen.

Was muss getan werden, damit sich die Situation tatsächlich ändert? Diese Frage stellte sich auch das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in **Thüringen** anlässlich des neuen Gleichstellungsgesetzes, das im Februar 2013 im Thüringer Landtag nach kontroversen Debatten verabschiedet wurde. Zu den wichtigsten Neuerungen gehört eine 40-Prozent-Quote für den öffentlichen Dienst sowie die Möglichkeit, auch Männer als Gleichstellungsbeauftragte zu berufen. Die Mehrzahl der Teilnehmenden begrüßte die verbindliche Quotenregelung, da so endlich die vielen Kann-Bestimmungen und Ausnahmeregelungen des alten Gesetzes ersetzt würden. Dass nun auch Männer als Gleichstellungsbeauftragte berufen werden können, wurde dagegen stark kritisiert.

Die Wissenschaftlerin Julia Schimeta schlägt als mögliche Strategie vor, Controlling-Strukturen zu etablieren und zu prüfen, inwiefern Gesetzesnovellierungen notwendig sind, die den Geltungsbereich auf privatrechtliche Unternehmen in Staatseigentum ausweiten. Auch fordert sie für die Gleichstellungsgesetze neben der einzelfallbezogenen Quote klare Zielvorgaben sowie Anreiz-, Kontroll- und Sanktionsmechanismen. Diese Schritte sind notwendig, wenn die bestehenden Ungleichheiten tatsächlich abgebaut werden sollen. Denn das zeigt die Studie ebenfalls: Geschlechtergerechtigkeit wird sich nicht von allein entwickeln!

Zum Weiterlesen:

Schimeta, Julia 2012. Einsam an der Spitze: Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Sektor. Friedrich-Ebert-Stiftung: Forum Politik und Gesellschaft. Berlin 2012, online: www.fes.de/forumpug/inhalt/documents/Expertise_Internet_.pdf

Ansprechpartnerin für Gender im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“ der Friedrich-Ebert-Stiftung berlin:
CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung (Büroleitung):
DR. SABINE FANDRYCH <Sabine.Fandrych@fes.de>

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bayern (Büroleitung):
ALINA FUCHS <Alina.Fuchs@fes.de>

Ansprechpartner für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Thüringen (Büroleitung):
DR. PAUL PASCH <Paul.Pasch@fes.de>



Genderngerechtigkeit im Blick: die Expertinnen in Budapest – Foto: FES

DIE EU-KRISE AUS FEMINISTISCHER PERSPEKTIVE

Welche europäische Stadt wäre besser geeignet für eine Konferenz über die unterschiedlichen Auswirkungen der EU-Krise auf Frauen und Männer als Athen – griechische Hauptstadt, Geburtsstadt der Demokratie, gleichzeitig Sinnbild der dramatischen Entwicklung in Südeuropa und Sorgenkind der Europäischen Union?

Dieser Gedanke bewog die Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen dazu, Anfang April dieses Jahres eine mehrtägige Konferenz mit Vertreter_innen aus Politik, Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus 14 EU-Staaten durchzuführen. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Diskussion bisheriger Erfahrungen, die kritische Betrachtung von Forschungsergebnissen, die gemeinsame Vernetzung sowie die Formulierung von Politikempfehlungen.

Geschlechter in der Krise

Die meisten makroökonomischen Analysen würden ausschließlich den männlichen Arbeitnehmer der Mittelklasse in den Fokus nehmen und breitere, auf Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit gerichtete Forschungsansätze ignorieren, stellte Stephanie Seguino fest, Wirtschaftsprofessorin an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London. Nehme man diese Studien in den Blick, so werde deutlich, dass die Wirtschaftskrise in den ersten Jahren einen überwiegend negativen Effekt auf die Beschäftigungsrate in männerdominierten Branchen gehabt habe. Die anschließende Rezession und die Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben hätten die Erwerbsbeteiligung und die Lebenssituation von Frauen dann aber auch negativ beeinflusst.

Die Krise, so Seguino, habe beispielsweise dazu geführt, dass öffentliche Betreuungseinrichtungen wie Altenheime und Kindergärten

geschlossen wurden, was zu einer höheren unentgeltlichen Pflegearbeit für Frauen geführt habe. Zudem würden Frauen seit der Krise stärker zum Familieneinkommen beitragen und fänden sich häufiger in der Situation der Familienernährerin. Insgesamt hat die Krise massive Folgen für die Familien und die Geschlechter – so steigen die Fälle von häuslicher Gewalt ebenso wie die Selbstmordrate von Männern. Welche langfristigen negativen Auswirkungen die Sparpolitik habe, sei heute noch nicht absehbar. Mit sozialen Folgekosten sei aber sicher zu rechnen. Grundsätzlich dürften bei der Krisenbewältigung nicht ausschließlich wirtschaftliche Indikatoren herangezogen werden; soziale Indikatoren seien ebenso wichtig. Denn eine ausschließlich auf die Begrenzung der Staatsausgaben ausgerichtete Politik sei zu kurzfristig und blende Langzeitfolgen aus.

Unterschiede im Blick

Abgesehen von diesen EU-weiten Trends gibt es zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Unterschiede bezüglich der nationalen Krisenbekämpfungsstrategien und des Einflusses der Krise auf die Geschlechtergerechtigkeit. Marilena Koppa, griechisches Mitglied des europäischen Parlaments (PASOK), machte deutlich, dass die in Griechenland getroffenen Sparmaßnahmen auch bedenkliche Rückschritte beinhalteten, was sich etwa an der Schließung des staatlichen Instituts für Geschlechtergerechtigkeit zeige. Die tiefe und

lang anhaltende Rezession hätte Fortschritte in Richtung Geschlechtergerechtigkeit rückgängig gemacht und konservative Rollenbilder befördert.

In Deutschland und Österreich führe die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu immer mehr unsicheren Jobs für Frauen – Teilzeitarbeit, befristete Jobs, Niedriglohnbeschäftigung – und zu mangelnder sozialer Absicherung. Dagegen sei die französische Strategie, in Kinderbetreuung zu investieren und Vollzeitbeschäftigung von Frauen zu fördern, ein erfolgreicherer Gegenbeispiel mit positiven Langzeiteffekten für den Wohlfahrtsstaat, so Angela Luci-Greulich von der Universität Sorbonne in Paris.

Schweden sei von der Finanzkrise nicht so stark beeinflusst worden wie andere EU-Staaten, doch habe auch dort die Krise zu Privatisierungen im Gesundheitssektor und zu Einschnitten im öffentlichen Dienst geführt, sagte Ulrika Lorentzi, Genderexpertin der schwedischen Gewerkschaft für öffentliche Angestellte. Nachdem im Jahr 2006 die konservative Regierung an die Macht kam und einige Schritte unternahm, das traditionelle „Ernährermodell“ wieder stärker zu fördern, reduzierten viele Frauen ihre Erwerbstätigkeit, um familiäre Pflegearbeit zu übernehmen. Heutzutage sei es daher erneut wichtig, sich für eine öffentliche soziale Infrastruktur einzusetzen.

Am Ende kamen alle Teilnehmerinnen darin überein, dass es gerade in der Krise wichtig ist, Rechte von Frauen zu verteidigen und die „Retraditionalisierung“ der Geschlechterverhältnisse zu bekämpfen. Im Zuge der Krisenpolitik werden die sozialen Folgen unterschätzt und erreichte Fortschritte in der Gleichstellung infrage gestellt. Daher geht es darum, sich auch in Krisenzeiten konsequent und sichtbar für die Geschlechtergerechtigkeit und eine solide öffentliche Infrastruktur einzusetzen. Denn das wirkt sich dann auch positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung aus.

Ansprechpartnerin für Gender im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Griechenland (Landesvertretung):

NICOLE KATSIOLIS <nicole@fes-athens.org>

Ansprechpartnerin für Gender im Referat Westeuropa/Nordamerika:

SUSANNE STOLLREITER <Susanne.Stollreiter@fes.de>



Frauen und Männer demonstrieren anlässlich des internationalen Frauentages in Nicaragua – Foto: Reuters

INTERNATIONALER FRAUENMONAT IN ZENTRALAMERIKA

Am 8. März, dem internationalen Frauentag, konzentrieren sich weltweit Politik und Zivilgesellschaft auf die Situation von Frauen.

Mit Veranstaltungen, Diskussionen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen wird gezeigt, wie stark Frauen im Vergleich zu Männern benachteiligt sind: rechtlich, politisch und wirtschaftlich. Oft genug ist dieser Tag einer der wenigen im Jahr, an dem Geschlechtergerechtigkeit die Aufmerksamkeit erhält, die sie verdient.

Um die notwendigen Debatten und Reflexionen nicht auf einen einzigen Tag jährlich zu beschränken, hat das Netzwerk der Friedrich-Ebert-Stiftung in **Zentralamerika** kurzerhand den ganzen Monat März 2013 zum Monat der Frauen erklärt. In Panama, Costa Rica, Nicaragua und Honduras fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, in denen frauen- und genderpolitische Fragen die Tagesordnung bestimmten.

Panama

Familie, Erwerbsarbeit, Politik, Religion und Sexualität – zu diesen großen Themen fanden sich in Panama Frauen und Männer, junge und alte, zusammen. Als Caféhaus-Debatte inszeniert, ging es schnell zu den harten Fakten und Fragen: Sind Patriarchat und Machismo ein Merkmal nur rechter oder konservativer Ideologien? Ist die Forderung nach Geschlechtergerechtigkeit links? Und sind fortschrittliche Kräfte automatisch auch gendersensibel? Für die Diskutierenden standen die Antworten schnell fest: Beides – patriarchalische Strukturen und Machismo – seien in allen politischen Lagern zu finden. Auch Gewerkschaften seien davon nicht ausgenommen und müssten ebenfalls kritisch betrachtet werden. Schnell wurde deutlich, wie wichtig es ist, innerfamiliäre Rollenzuweisungen zu hinterfragen und dieses gemeinsam mit Frauen und Männern zu tun. Die nächste Caféhaus-Debatte ist bereits geplant, den Input werden Männer geben.

Costa Rica

Costa Ricas Parlamentspräsident unterzeichnete im Frauenmonat März die Selbstverpflichtung des Parlaments und der Verwaltung, Gender Mainstreaming umzusetzen. Damit müssen künftig alle Maßnahmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Frauen und Männer analysiert und entsprechend dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit formuliert werden. Acht Jahre lang hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit dem Parlamentsausschuss für Frauen und vielen anderen Akteur_innen um diesen Schritt gekämpft. Jetzt ist beispielsweise eine Quote bei Beförderungen und Einstellungen obligatorisch, das Parlament wird "gegendert".

Nicaragua

Auf der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Nicaragua ging es im Frauenmonat März um einen langersehnten politischen Erfolg: Die Ratifizierung der Konvention 189 der Weltarbeitsorganisation zu den Rechten von Hausangestellten wurde Ende 2012 erreicht. Gewerkschafter_innen und Frauenverbände, Partnerorganisationen der Friedrich-Ebert-Stiftung, diskutierten, wie die Umsetzung und Anerkennung der Konvention nun erfolgreich begleitet und überwacht werden kann. Das Kommunikationsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kolumbien hat ein Buch mit Reportagen und journalistischen Berichten zu den Erfahrungen von Hausangestellten in Mexico und Zentralamerika zusammengestellt. Eine Pflichtlektüre für alle, die wissen wollen, warum die Konvention 189 so wichtig ist.

Honduras

In Honduras wurde der Frauenmonat März vor allem in den Räumen der staatlichen Universität begangen: Ausstellungen mit Wandmalereien, Lesungen, Film- und Tanzvorführungen, Vorträge und Diskussionen – mit teils neuen Aktivitäten versuchten die Friedrich-Ebert-Stiftung Honduras und ihre Partnerorganisationen das Interesse der honduranischen Bevölkerung für Geschlechtergerechtigkeit zu wecken. So nahmen etwa an der Podiumsdiskussion zu „Neuen Männlichkeiten und Patriarchat“ einige Zuhörer_innen teil, die sich zuvor künstlerisch mit dem Thema auseinandergesetzt hatten. Der Aufwand hat sich gelohnt: Für viele Teilnehmenden waren gerade die unterschiedlichen Aktivitäten ausschlaggebend, sich mit Fragen von Geschlechternormen auseinanderzusetzen.

Mehr Frauenmonate!

Das Fazit des Netzwerkes der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zentralamerika ist eindeutig: Nicht ein Tag und auch nicht ein Monat reichen aus, um Diskriminierungen gegen Frauen abzubauen, Geschlechterverhältnisse gleichberechtigter und demokratischer zu gestalten und gesellschaftliche Normen und Traditionen aufzubrechen. Trotzdem: Auf dem Weg dorthin ist der Frauenmonat ein wichtiger Anfang und kann als Beispiel für viele andere Länder dienen!

Ansprechpartner für Gender des Netzwerkes für Zentralamerika der Friedrich-Ebert-Stiftung:

ALBRECHT KOSCHÜTZKE (Landesvertretung)

<a.koschuetzke@fesamericacentral.org>

Ansprechpartner für Gender im Referat Lateinamerika und Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung:

SEBASTIAN SPERLING <Sebastian.Sperling@fes.de>

Zwischen Emanzipation und Diskriminierung. Genderungerechtigkeiten in der Arbeitswelt in Lateinamerika

Immer mehr Frauen in Lateinamerika schaffen den Sprung in die Arbeitswelt: Noch nie zuvor hat es dort mehr erwerbstätige Frauen gegeben – und dennoch fällt eine Analyse des Arbeitsmarktes aus Genderperspektive problematisch aus.

Wie in vielen anderen Ländern ist auch in den Ländern Lateinamerikas eines der hartnäckigsten Probleme die Einkommenskluft zwischen den Geschlechtern – der sogenannte Gender Pay Gap (GPG). Frauen verdienen bei gleicher Arbeit 17 Prozent weniger als Männer. Die *Internationale Politikanalyse* der Friedrich-Ebert-Stiftung „Zwischen Emanzipation und Diskriminierung. Genderungerechtigkeiten in der Arbeitswelt in Lateinamerika“ (Reperger, 2013) analysiert den lateinamerikanischen Arbeitsmarkt unter genderrelevanten Aspekten und stellt Handlungsalternativen für Politik und Gewerkschaften vor.

Zum Weiterlesen:

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09798.pdf>

Women in the labour market. From injustice to affirmative action

Weltweit werden Frauen durch geschlechtsspezifische Lohnunterschiede diskriminiert. Entscheidende Akteure im Kampf gegen diese Ungerechtigkeiten sind Gewerkschaften. Sie analysieren Diskriminierungsstrukturen und -mechanismen, tragen zu deren Sichtbarmachung bei und verdeutlichen, wie der Arbeitsmarkt geschlechtergerecht gestaltet werden muss.

Die Analyse „Women in the labour market“ (Godoy et al., 2012) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung widmet sich in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft TUCA (Trade Union Confederation of the Americas) dieser Thematik insbesondere im Hinblick auf den lateinamerikanischen Arbeitsmarkt. Welche Faktoren führen zur geschlechtsspezifischen Entgeltdiskriminierung und welches Analyseinstrument ist notwendig, um diese aufzuzeigen? Wie ist die Situation in Lateinamerika und was kann aus verschiedenen Einzelfällen gelernt werden? Neben diesen Fragen geht es in der Analyse vor allem um die Notwendigkeit von Koalitionen. Als besonders wichtig werden die Allianzen zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Parteien betont.

Zum Weiterlesen:

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/uruguay/09882.pdf>

Gender Employment and Empowerment: Women on the Move in India

Der Zugang von Frauen zu entlohnter Beschäftigung ist ein entscheidender Aspekt für ihre gesellschaftliche, politische und ökonomische Teilhabe (empowerment) an der Gesellschaft. Diese Erkenntnis ist nicht neu, sondern wurde bereits vor über 15 Jahren auf der Pekinger Aktionsplattform als Forderung aufgestellt. Trotzdem sind viele Länder weit von diesem Ziel entfernt – so auch Indien.

Auf der Suche nach Lohnarbeit sehen viele indische Frauen sich gezwungen, in andere Städte zu migrieren. Welche Risiken und welche Chancen damit einhergehen, untersucht die Friedrich-Ebert-Stiftung Indien in Zusammenarbeit mit der alternativen Nachrichtenagentur Women's Features Service in ihrer Studie „Gender Employment and Empowerment: Women on the Move in India“. Die Studie stellt den Lebensalltag indischer Frauen aus verschiedenen Regionen und Gesellschaftsschichten vor. Der Einfluss der Stadt-Stadt-Migration auf Frauen, die ihre Familien zurücklassen, um als Krankenschwestern zu arbeiten, oder die Situation von Frauen, die in anderen Haushalten Sorgearbeit verrichten, sind nur einige der untersuchten, erkenntnisreichen Beispiele für die mutige Behauptung von Frauen im indischen Arbeitsalltag.

Zum Weiterlesen:

www.fes-india.org/media/publications/FES_-_WFS_Features_2012.pdf

Gender equality in the Greek labour market. The gaps narrow, inequalities persist

Die Kluft zwischen den Geschlechtern ist in Griechenland – verglichen mit anderen EU-Ländern – eher groß. Geschlechtergerechtigkeit auf dem griechischen Arbeitsmarkt ist noch lange nicht erreicht. Ungleiche Löhne, Diskriminierungen gegen weibliche Beschäftigte und willkürliche Kündigungen nach dem Mutterschutz sind besonders im privaten Sektor weit verbreitet.

Die Krise und die damit verbundenen Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt haben negative Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter. Die Publikation „Gender equality in the Greek labour market“ (Kambouri, 2013) zeigt, wie geschlechterpolitische Ziele im öffentlichen Diskurs und bei der Politikgestaltung Griechenlands angesichts der Krise in den Hintergrund geraten.

Zum Weiterlesen:

<http://library.fes.de/pdf-files/id/09822.pdf>

Krisenpolitik als Zukunftsaufgabe – Vorschläge zur gleichstellungspolitischen Qualität von Konjunkturpolitik

In den Jahren 2008 und 2009 wurden die größten Konjunkturpakete in der deutschen Nachkriegsgeschichte auf den Weg gebracht. Die damit verbundene Wirtschaftspolitik war gleichzeitig Genderpolitik – denn eine neutrale Wirtschaftspolitik, die keine Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse und die gesellschaftliche Entwicklung der Gleichstellung hat, gibt es nicht.

Die Handreichung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Krisenpolitik als Zukunftsaufgabe – Vorschläge zur gleichstellungspolitischen Qualität von Konjunkturpolitik“ (Kuhl, 2012) fasst die wichtigsten Aspekte für die Ausarbeitung von Konjunkturprogrammen im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit zusammen. Sie erläutert, wie aus Fehlern der Vergangenheit gelernt werden muss, und welche Faktoren nicht unbeachtet bleiben dürfen, damit Konjunkturmaßnahmen dem Kriterium der Geschlechtergerechtigkeit genügen. Dabei lassen sich einige der Ergebnisse auch über den deutschen Kontext hinaus auf die wirtschaftliche Situation der europäischen „Krisenstaaten“ übertragen.

Zum Weiterlesen:

<http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09519.pdf>

Understanding Multiple Discrimination of Labour Migrants in Asia – An Intersectional Analysis

Arbeitsmigration ist in Asien weit verbreitet. Vor allem Frauen verlassen ihre Heimat, um in anderen asiatischen Ländern einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Ihr Lebensalltag ist oft geprägt von verschiedenen Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen. Diese nur auf ihr Geschlecht als weibliche Migrantinnen zurückzuführen, würde der Komplexität ihrer sozialen Position nicht gerecht werden.

Die Internationale Politikanalyse „Understanding Multiple Discrimination of Labour Migrants in Asia“ (Lee/Piper, 2013) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung bedient sich einer intersektionellen Analyse des Themas Arbeitsmigration. Es gelingt dadurch, der Vielfalt von Unterdrückungsmechanismen sowie der unterschiedlichen sozialen Positionen von Wanderarbeiterinnen in Asien gerecht zu werden. Damit bietet die Studie nicht nur für den asiatischen Raum wichtige Denkanstöße.

Zum Weiterlesen:

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/10073.pdf>

Zur sozialen Absicherung von selbständigen Künstler_innen – Eine Bestandsaufnahme

Spektakuläre Versteigerungen von Kunstwerken, Schauspielergagen in Millionenhöhen – die Realität der meisten selbstständigen Künstler_innen sieht anders aus. Unregelmäßige oder stark schwankende Einkommen erschweren nicht nur die unmittelbare Lebensplanung – auch eine angemessene Altersabsicherung lässt sich unter diesen Umständen kaum gewährleisten. Gerade bei den abhängig beschäftigten Künstler_innen zeigen sich zudem ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede.

Während die Hälfte der abhängig beschäftigten Männer mehr als 60 Entgeltpunkte zur Berechnung der gesetzlichen Rente erzielt, liegt der Anteil der abhängig beschäftigten Frauen in dieser Gruppe bei nur etwa 15 Prozent. Fast 60 Prozent der Frauen, die vor dem Rentenzugang über die Künstlersozialkasse (KSK) versichert waren, haben weniger als 20 Entgeltpunkte aus den gesetzlichen Rentenversicherungsansparungen während ihres Erwerbslebens erworben. Damit sind Frauen mit Pflichtversicherungszeiten in der KSK im Niedrigrentensegment anteilig viel stärker vertreten als ihre männlichen Kollegen.

Mehrfachbeschäftigung oder die Absicherung im Haushaltskontext bleiben somit die zentralen Strategien zur individuellen sozialen Sicherung von (selbständigen) Künstler_innen. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler sind demnach auf die wirtschaftliche Absicherung durch eine_n Partner_in angewiesen, die oder der ein verlässliches und kontinuierliches Einkommen erwirtschaftet. Die Studie „Zur sozialen Absicherung von selbständigen Künstlern“ (Haak/Schneider, 2012) widmet sich dieser Thematik und zeigt unter Einbezug verschiedener europäischer Modelle den Handlungsbedarf für Deutschland.

Zum Weiterlesen:

http://managerkreis.de/downloads/mediathek/?tx_site_downloadresource%5Bresource%5D=77&tx_site_downloadresource%5Bcontroller%5D=Resource&cHash=4e0a03cebc0041dc45406b5158996a80

Wie mit Homophobie Politik gemacht wird. Menschenrechte und Verfolgung von LSBTI-Aktivist_innen in Afrika

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dennoch werden in vielen Ländern weltweit Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität stigmatisiert, diskriminiert und verfolgt. In einigen Ländern werden immer wieder strengere Gesetzesvorlagen diskutiert, die ein drakonisches Vorgehen bis hin zur Todesstrafe fordern. Homosexualität gilt in 38 Ländern Afrikas als Straftat.

Die Internationale Politikanalyse „Wie mit Homophobie Politik gemacht wird“ (Schäfer/Range, 2013) wirft einen Blick auf einzelne Länder Afrikas und zeigt Mechanismen, mit denen Homophobie für politische Zwecke instrumentalisiert wird. Zudem beleuchtet die Studie den Diskurs, demzufolge Homosexualität und abweichende Gender-Normen „unafrikanisch“ seien, und erläutert unerlässliche Handlungsoptionen für Menschenrechtsaktivist_innen.

Zum Weiterlesen:

<http://library.fes.de/pdf-files/iez/09598.pdf>

5.–6. Juli 2013, München:

**„Bye-bye Bescheidenheit – selbstbewusst raus auf die Bühne!“
Workshop für kommunalpolitisch engagierte Frauen**

Ob als Kommunalpolitikerin oder Vereinsvorsitzende – wer andere von sich und den eigenen Ideen überzeugen will, muss vor allem selbst von sich überzeugt sein und dies ausstrahlen. Oft ist es auch der souveräne Auftritt in der Öffentlichkeit, der über den Erfolg der eigenen Anliegen entscheidet. Bescheidenheit führt dabei selten zum Ziel.

Dieser Workshop will kommunalpolitisch engagierte Frauen auf öffentliche Auftritte vorbereiten und sie dabei unterstützen, ihre Ideen in der kommunalpolitischen Diskussion wirksam zu vertreten. Die Plätze sind begrenzt und werden nach Eingang der Anmeldungen (bayernforum@fes.de) vergeben.
Teilnehmerinnenbeitrag: 40 Euro.

13. Juli 2013, Palo Alto, USA:

**„Feminist Economists' Perspectives on
Women's Education and Work across the Globe“**

Trotz der mehr als 40 Jahre währenden akademischen und feministischen Debatte um die Frage der gesellschaftlichen Verteilung von Sorgearbeit (Care) ist die Diskussion aktueller denn je. Heute geht es nicht mehr nur darum, die Forderung einer geschlechtergerechten Verteilung von Arbeit zu realisieren, sondern beispielsweise auch um die Weitergabe von Sorgearbeit an prekär bezahlte Migrant_innen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (Referat „Globale Politik und Entwicklung“) führt ihre Kooperation mit der International Association of Feminist Economists (IAFFE) in diesem Jahr fort und organisiert im Rahmen der IAFFE-Jahreskonferenz (11.–14. Juli) eine Diskussion (BROWN BAG LUNCH) über die politische Umsetzbarkeit von Konzepten der Care-Ökonomie. Expertinnen aus Asien, Lateinamerika und Europa referieren unter anderem zu den aktuell geführten Debatten im Rahmen der Care-Ökonomie, nationalen Modellen der Organisation von Care in Krisenzeiten und zum Spannungsverhältnis von bezahlter versus unbezahlter Sorgearbeit. Ziel der Veranstaltung ist es, vielversprechende Konzepte und Ansätze der Care-Ökonomie für die Entwicklung von gendergerechten Policies zu identifizieren. Für nähere Informationen steht Dr. Cäcilie Schildberg (Caecilie.Schildberg@fes.de) zur Verfügung.

2. September 2013, Berlin:

„Rassismus und Sexismus ab_bloggen!“

2013 ging ein #Aufschrei durch Deutschland, der eine bundesweite Sexismus-Debatte lostrat. Mit der Twitter-Aktion machten Hunderte von Frauen sichtbar, wie alltäglich Sexismus und sexuelle Übergriffe sind. Etwa zeitgleich dominierte die Frage den öffentlichen Diskurs, wie mit rassistischen Begriffen in Kinderbüchern umzugehen sei. Beide Debatten sind nicht neu, wurden aber selten derart in den Massenmedien und den Weblogs – der sogenannten Blogosphäre – verhandelt. Auffallend ist der unterschiedliche Verlauf der Berichterstattung: Während die Blogosphäre etwa den Änderungsvorschlägen für Kinderbücher überwiegend zustimmte, sprachen die öffentlichen Medien von Zensur bis hin zu einem Angriff auf die literarische Freiheit. Auch die Sexismus-Debatte sorgte für geteilte Meinungen, vor allem in der Blogosphäre selbst.

Doch wie kann Rassismus und Sexismus medial sichtbar gemacht werden? Wie und durch wen geschieht dies? Welches Potenzial bergen die Massenmedien und wie unterscheidet sich davon die Blogosphäre? Wer kann durch welche Medien wie erreicht werden? Verlaufen die Debatten parallel oder konzentrieren sie sich auf einen Kanal? Diese Fragen möchten wir gemeinsam mit Ihnen diskutieren. Das detaillierte Programm kann ab August hier (www.fes.de/forumpug/inhalt/vera.php) eingesehen werden.

7.–8. September 2013, Berlin:

„LISTEN TO ME! Rhetoriktraining für Einsteigerinnen!“

Wie setze ich Mimik, Gestik und Stimme ein? Wie stelle ich Kontakt zum Publikum her, baue Spannung auf und wirke präsent? Wie gehe ich mit Machtsituationen um und wie positioniere ich mich darin? Das Training „Listen to me!“ greift diese Fragen auf – denn selbst die besten Inhalte kommen nur rüber, wenn auch Auftreten und Eindruck stimmen. Kommunikative Hierarchien und stereotypisierte Verhaltenszuschreibungen spielen bei der Wirkung eines Redebeitrags ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie zu erkennen und zu meistern erfordert eine Sensibilisierung für Macht und Statusverhalten in der Kommunikation.

Ziel des Trainings ist die Erweiterung der individuellen Kompetenzzone. Die Teilnehmerinnen werden darin unterstützt, ihre eigene, glaubwürdige Form der Präsentation zu finden und ihre Themen gezielt zu platzieren. Das Training richtet sich an Interessierte mit Redeerfahrung wie auch an diejenigen, die ihre Redeangst überwinden wollen. Fragen zur Veranstaltung sowie Anmeldungen nimmt Doreen Mitzlaff (Doreen.Mitzlaff@fes.de) entgegen.

20.–21. September 2013, Berlin:

„Gendertraining: Argumentieren und Handeln im Geschlechterzirkus – für Einsteiger_innen“

Durch Information, Diskussionen und praktische Übungen werden in diesem Training Genderkompetenzen erworben. Eingeladen sind Studierende und Berufseinsteiger_innen sowie alle, die Lust haben, sich mit gesellschaftlichen Geschlechterstereotypen und Rollenbildern auseinanderzusetzen. Wir analysieren Konfliktsituationen, schärfen Argumente und entwickeln gemeinsam Handlungsmöglichkeiten. Fragen zur Veranstaltung sowie Anmeldungen nimmt Doreen Mitzlaff (Doreen.Mitzlaff@fes.de) entgegen.

25.–26. Oktober 2013, Berlin:

„Gendertraining: Argumentieren und Handeln im Geschlechterzirkus – für Fortgeschrittene“

Eingeladen sind Studierende und Berufseinsteiger_innen sowie alle, die sich bereits mit gesellschaftlichen Geschlechterstereotypen und Rollenbildern befasst haben, ihre Erkenntnisse vertiefen und sich mit anderen austauschen möchten. Durch Information, Diskussionen und praktische Übungen werden die Genderkompetenzen erweitert. Fragen zur Veranstaltung sowie Anmeldungen nimmt Doreen Mitzlaff (Doreen.Mitzlaff@fes.de) entgegen.

19.–20. Oktober 2013, Berlin:

„LISTEN TO ME! Rhetoriktraining für Fortgeschrittene!“

Wie baue ich meine rhetorischen Fähigkeiten weiter aus? Wie kann ich Argumentationstechniken gezielt mit Genderkompetenzen verbinden? Wie gehe ich mit verbalen Angriffen um? Wie wirke ich vor der Kamera? Wie bringe ich nachhaltig Themen in Verhandlungen ein? Das Training „Listen to me!“ für Fortgeschrittene greift diese Fragen auf. Zentraler Teil des Seminars ist es, die im ersten Training erarbeitete rhetorische Kompetenz zu habitualisieren, die Selbstwirksamkeit zu stärken und auszubauen.

Es werden Argumentations- und Schlagfertigkeitstechniken erprobt und geübt. Durch die Bearbeitung von Fallbeispielen aus dem Alltag können die Teilnehmerinnen Handlungsmöglichkeiten in hierarchiegeprägten Kommunikationssituationen erproben sowie eigene Strategien erarbeiten, um den Spielraum für einen adäquaten Umgang damit zu erweitern. Fragen zur Veranstaltung sowie Anmeldungen nimmt Doreen Mitzlaff (Doreen.Mitzlaff@fes.de) entgegen.



Das „Forum Politik und Gesellschaft“ bietet zahlreiche Veranstaltungen zu gleichstellungs- und geschlechterpolitischen Themen an – Flyer: Andrea Schmidt

WER „MACHT“ EIGENTLICH GENDER IN DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG?

Das Referat „Forum Politik und Gesellschaft“

Wir machen Gender – und zwar von morgens bis abends. Als „Genderteam Inland“ der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) haben wir Geschlechterverhältnisse im Blick, auch dort, wo niemand sonst daran denkt.

In Konferenzen, Workshops, Fortbildungen und Expertisen bearbeiten wir Fragen rund um die Geschlechterverhältnisse. Wie gelingt mehr politische Partizipation von Frauen? Welche Rolle spielen die Medien bei der Konstruktion von Geschlecht? Welche Institutionen und Gesetze verfestigen Geschlechterstrukturen, welche bringen sie in Bewegung? Wo und wie werden „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ neu verhandelt? Wie wirkt sich die Verschränkung von Geschlecht, Klasse und Ethnie im Alltag aus? Welche Möglichkeiten gibt es, Mehrfachdiskriminierungen sichtbar zu machen? Und wie befördern wir eine Politik für alle Geschlechter – auch jenseits der starren Kategorien von „Mann“ und „Frau“?

Bei all diesen Themen versuchen wir, möglichst viele Akteur_innen einzubeziehen. Dazu gehört für uns, dass der Geschlechterdiskurs nicht allein unter Frauen geführt wird, sondern fortschrittliche Männer ebenfalls zu Wort kommen. Und uns ist wichtig, dass es sich nicht um eine ausschließlich „weiße“ Debatte handelt, sondern die unterschiedlichen Perspektiven sichtbar werden. Das bedeutet für uns auch, ein Bewusstsein für Privilegien zu schaffen.

Das Thema Geschlechtergerechtigkeit hat Aufwind – was unsere Arbeit beflügelt und sie erleichtert. Kaum ein Tag vergeht ohne einen medialen Beitrag über die Antisexismusbewegung, die Frauenquote, das Betreuungsgeld oder die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen. Die (neuen) Feminist_innen kommen aus unterschiedlichen Sphären; auch gibt es nicht den einen Feminismus,

sondern verschiedene Feminismen und Aktionsformen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, alle diese Strömungen zusammenzubringen und die Synthesen herauszuarbeiten, um gemeinsam handlungsfähig zu werden. Denn das erscheint uns dringend notwendig angesichts der Tatsache, dass neben der feministischen Konjunktur sich auch eine Gegenbewegung formiert, die der Ansicht zum Durchbruch verhelfen möchte, die Gleichstellung sei längst erreicht, ja sogar schon über ihr Ziel hinausgeschossen. Gegen diese Strömung, die versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, möchten wir im geschlechterpolitischen Diskurs die Stimmen derjenigen stärken, die sich für eine geschlechtergerechte Gesellschaft engagieren. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit postfeministischen Positionen und dem sogenannten konservativen Feminismus.

Im Sinne der Sozialen Demokratie ist es unser Ziel, Geschlechterstereotype und Zuschreibungen zu überwinden, Hierarchien abzubauen und Spielräume zu eröffnen. Eine Gesellschaft, in der das Geschlecht keine Rolle mehr im Hinblick auf Chancengerechtigkeit spielt – das ist unsere Vision. Doch auf dem Weg dorthin müssen wir Geschlecht thematisieren, um Ungleichheit bei der Verteilung von Ressourcen, von Einfluss und Chancen aufzuzeigen. Denn nur so können wir als Einrichtung der Politikberatung deutlich machen, wo Handlungsbedarf besteht.

Jede Politik beeinflusst die Geschlechterverhältnisse, und umgekehrt ist der geschlechtersensible Blick oft der Schlüssel zu fortschrittlichen

Politikkonzepten. Auf dem Arbeitsmarkt, in der Bildung, in der Pflege, in der Familie – überall werden Geschlechterrollen ausgehandelt. Darum bringen wir unsere Expertise in die politischen Debatten ein, in denen die Zukunftsfragen der Gesellschaft diskutiert werden: Wie sieht ein moderner Arbeitsmarkt aus? Und wie die Zukunft der Pflege? Welche Weichen zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft kann das Bildungssystem stellen? Und welche Familienpolitik brauchen wir, um das klassische Alleinernährermodell zu überwinden und Partnerschaften auf Augenhöhe zu ermöglichen? Wie können Familien in ihrer ganzen Vielfalt gefördert werden – von der Alleinerziehenden über die Patchwork- bis zur Regenbogenfamilie? Wie kann es gelingen, Sorgearbeit wie Kinderbetreuung und die Pflege älterer Angehöriger besser wertzuschätzen und abzusichern, ohne biografische Fallen aufzustellen? Um diese Debatten voranzubringen, werten wir Studien aus, geben Expertisen in Auftrag und versammeln Expert_innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, mit denen wir Handlungsempfehlungen entwickeln. Diese Empfehlungen, Positionen und Konzepte speisen wir als Impulse in die Debatten ein.

Im Referat „Forum Politik und Gesellschaft“, unter der Leitung von Bettina Luise Rürup, ist auch die Zentrale Aufgabe der „Genderkoordinierung“ der FES angesiedelt. Wir verstehen uns in dieser Funktion als Dienstleisterin: Wir tragen die geschlechterpolitische Expertise aus Studien, dem wissenschaftlichen Diskurs und dem politischen und zivilgesellschaftlichen Umfeld zusammen und geben es in internen Fortbildungen an die Kolleg_innen weiter, etwa im Rahmen der Ausbildung der Trainees und Projektassistent_innen und des internen Fortbildungskalenders. Wir bringen bei unseren Koordinierungstreffen regelmäßig die Kolleg_innen der Stiftung zusammen, die für Genderthemen zuständig sind oder sich für diese Themen engagieren. Wir versuchen die große Bandbreite an entsprechenden Aktivitäten der FES nach innen und außen sichtbar zu machen. Der „Infobrief Gender Matters!“, den Sie hier lesen, ist dafür das zentrale Medium. Er soll unser gesellschaftspolitisches Umfeld über unsere Arbeitsschwerpunkte informieren und auf die vielen Veranstaltungen, Expertisen und Projekte der FES zum Thema Gender aufmerksam machen.

Zudem betrachten wir uns als Scharnier zwischen der frauen- und geschlechterpolitischen Arbeit der Auslandsabteilungen und der deutschen Öffentlichkeit. In zahlreichen Kooperationen mit anderen Arbeitseinheiten der FES machen wir die Ergebnisse aus der internationalen Arbeit für die Politik und den Genderdiskurs in Deutschland fruchtbar. Denn das zeigt unsere Arbeit jeden Tag: Deutschland hat noch viel nachzuholen, um an die Weltspitze der Geschlechtergerechtigkeit aufzurücken.

Ansprechpartnerinnen:

Referentinnen:

CHRISTINA SCHILDMANN <Christina.Schildmann@fes.de> und

FRANZISKA KORN <Franziska.Korn@fes.de>

Sachbearbeiterinnen:

DOREEN MITZLAFF <Doreen.Mitzlaff@fes.de>,

STEPHANIE TRÖDER <Stephanie.Troeder@fes.de> und

SARAH-LISA DEEN <Sarah-Lisa.Deen@fes.de>

GENDERBEZOGENE PROMOTIONS- PROJEKTE MIT FÖRDERUNG DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die Abteilung Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert eine Reihe genderbezogener Promotionen in unterschiedlichen Fachrichtungen. Nähere Informationen zu den einzelnen Projekten können bei Dr. Ursula Bitzegeio erfragt werden.

In jedem Infobrief möchten wir Ihnen ein Promotionsvorhaben vorstellen.

**Der Kampf um die Vulva hat begonnen:
Intimchirurgie als biopolitische Technologie des Selbst
zwischen Zwang und Selbstermächtigung.**

Doktorandin: Anna-Katharina Meßmer

FES: Womit beschäftigen Sie sich in Ihrer Promotion?

Anna-Katharina Meßmer: Ich beschäftige mich mit Biopolitik und kosmetischer Chirurgie – mit Fokus auf die sogenannte Female Genital Cosmetic Surgery. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich unsere gesellschaftlichen Vorstellungen von Körpern durch kosmetische Chirurgie verändern. Begreifen wir Körper beziehungsweise einzelne Körperteile als eine Art Rohstoff, den die Einzelne bearbeiten kann und zunehmend auch bearbeiten muss? Welche Idealbilder spielen dabei eine Rolle? Von wem wird erwartet, dass sie_er sich optimiert? Und wie verändern sich dadurch unsere Vorstellungen von Natur versus Kultur oder von gesund versus krank? Was gilt heute noch als natürlich? Wer gilt als krank? All diese Fragestellungen kann man derzeit sehr gut an der Debatte um Angelina Jolie beobachten, die – aufgrund ihres hohen Brustkrebsrisikos – präventiv eine Mastektomie vornehmen ließ.

FES: Warum widmen Sie sich einer genderspezifischen Thematik?

Meßmer: Kaum etwas ist in unserer Gesellschaft so identitätsstiftend wie das Geschlecht – welches vor allem am Körper und dabei an den Genitalien festgemacht wird. Wer sich mit körpersoziologischen Fragestellungen beschäftigt, kann eigentlich gar nicht an den gender-spezifischen Dimensionen des Themas vorbeischauchen. Oder anders: Wer bei Themen der chirurgischen Selbstoptimierung die geschlechtsspezifische Dimension ausblendet, verkürzt das Thema und blendet relevante Sachverhalte und Erkenntnisse aus. Gerade in der kosmetischen Chirurgie zielen viele Operationen darauf ab, einen „wohlgeformten“ Geschlechtskörper zu schaffen: Brustvergrößerung und Vaginalverengung bei Frauen, Brustverkleinerung und Penisvergrößerung bei Männern.

FES: Welchen Beitrag kann die Wissenschaft leisten, um Geschlechtergerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene voranzubringen?

Meßmer: Ganz grundsätzlich folgt Wissenschaft anderen Zeit- und Erkenntnislogiken als Politik. Das bedeutet, dass Wissenschaft, gerade weil sie nicht unter Zeit- und Entscheidungsdruck steht, genauer hinschauen kann. Und von dieser Genauigkeit können politische Akteur_innen profitieren. Wenn wissenschaftliche Studien belegen, dass knapp 60 Prozent aller Frauen von sexuellen Übergriffen betroffen sind, sollte das ein Hinweis darauf sein, dass hier auch die Politik gefragt ist. Wenn wissenschaftliche Studien herausfinden, dass sogenanntes typisch männliches Verhalten eher zu beruflichem Aufstieg führt, kann das ein erster Schritt zur Veränderung sein.

Wissenschaft kann implizite Mechanismen offen legen und ist damit die notwendige Bedingung für gesellschaftlichen Wandel. Freinach Nancy Frasers Kritik an der kritischen Sozialtheorie (1989): Wissenschaft kann „Licht in die Eigenart und Grundlagen“ gesellschaftlicher Machtverhältnisse bringen und die „Ansätze, die diese Zusammenhänge verdunkeln oder rationalisieren, als ideologisch entmystifizieren“. Politisch können wir aus solchen Erkenntnissen lernen, dass die bisher unhinterfragte Norm des weißen, christlichen, (mittel)alten, gesunden, heterosexuellen Mannes eben auch nur eine mögliche Position unter vielen ist – die es im Hinblick auf Gerechtigkeit und Anerkennung politisch nun zu hinterfragen gilt.

*Anna-Katharina Meßmer (kathy.messmer@gmail.com)
promoviert an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität.*

Genderbezogene Promotionsprojekte mit Förderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Kampf um die Vulva hat begonnen: Intimchirurgie als biopolitische Technologie des Selbst zwischen Zwang und Selbstermächtigung.

Doktorandin: Anna-Katharina Meißner

Comparative Analysis of Treatment of Female Asylum Seekers and Refugees of Islamic Background in Germany and Norway.

Doktorandin: Ivana Jurisic

Das Recht auf angemessene Vorkehrung im Gleichbehandlungsrecht aus arbeitsrechtlicher Perspektive.

Doktorandin: Cathleen Rosendahl

Rudolf Brazda und die nationalsozialistische Homosexuellenverfolgung in der Region Altenburg/Leipzig.

Doktorand: Alexander Zinn

Doing Family International – Migrantische Arbeiterinnen in deutschen Familienhaushalten. Bezugsrahmen und Alltagspraktiken in einer interkulturellen Vereinbarkeitsstrategie.

Doktorandin: Julia Nana Heyl

Ehre in der deutschsprachigen Literatur von türkischen AutorInnen.

Doktorand: Hakan Tunç

Schulabbrecher/innen in Berlin.

Doktorandin: Sarah Ninette Kaliga

Nana Conti – Die Leiterin der Reichsfachschaft Deutscher Hebammen.

Doktorandin: Anja Katharina Peters

Eine vergleichende Studie der Fragmentierung von Familienpolitik durch Betreuungsgeldleistungen.

Doktorandin: Julia Höppner

Frauen unter Gottes Ruf – Frauen der evangelischen Mission im kolonialen Afrika.

Doktorandin: Kathrin Treins

Gender Mainstreaming im Politikfeld Bildung – eine vergleichende Analyse der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Doktorandin: Jasmina Crcic

Schüler/innenvorstellungen über Menschenrechte – Implikationen für die Politische Bildung.

Doktorandin: Inken Heldt

Kommunalpolitiker(innen) mit Migrationshintergrund: Die Bedeutung von Migrationshintergrund und Ethnizität für ihr politisches Handeln.

Doktorand: Cihan Sinanoğlu

Else Lasker Schölers Auseinandersetzung mit der jüdischen Tradition im Kontext des Kulturzionismus.

Doktorandin: Birgit Maria Körner

Unity in Diversity? Fremdbilder, Konfliktpotenzial und religiöse Identitäten in städtischen Diversitätskonzepten.

Doktorandin: Alexa Kühnen

Killers Are Sort of Romantic: Gender, Sexuality and Violence in Contemporary Young Adult Fiction.

Doktorandin: Marion Rana

Soziale Ungleichheit und die Hermeneutik des Leibes.

Doktorandin: Denise Zeyer

Kinder im Blick? Kinder- und Kindheitsbilder in familienpolitischen Diskursen der BRD.

Doktorandin: Nadine Kreitmeyr

Die weibliche Gottesidee des Devimahatmya.

Doktorand: Adrian Tavaszi

Vom Mensch-Sein zum Person-Sein. Grundlagen einer Person- bzw. Subjekttheorie im islamischen Recht.

Doktorandin: Ghazaleh Faridazadeh

Frauenleadership als Faktor von Gendergerechtigkeit in Kirgistan.

Doktorandin: Nazira Alymbaeva

Polnische Arbeitskräfte in Deutschland: eine Möglichkeit zur Behebung des Pflegenotstands?

Doktorandin: Patrycja Kniejska

Gender Studies in der gegenwärtigen Ukraine: Zustand, Probleme und Perspektive.

Doktorandin: Snizhana Maksymchuk

FOKUS:

„Man kann nicht immer schneller pflegen“

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei „die tageszeitung“

Die doppelte Verniedlichung: Care-Arbeit in Deutschland

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei „die tageszeitung“

Am Ende der Sorgekette

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei „die tageszeitung“

Zur Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung weltweit:

Die ILO-Konvention

Autor_innen: Anja Dargatz, Sarah Hees, Tina Hennecken,

Julia Müller, Nora Langenbacher, Alfred Stoll

„Eine opferbereitere Frau hätte ich nicht finden können“

Autorin: Heide Oestreich, Redakteurin bei „die tageszeitung“

RÜCKBLICK:

Für Textbeiträge und Unterstützung danken wir: Michaela Burkard, Florian Daehne, Oliver Dalichau, Dr. Stefanie Elies, Dr. Sabine Fandrych, Alina Fuchs, Sarah Hees, Stephanie Hepper, Friederike Kamm, Nicole Katsioulis, Philipp Kauppert, Albrecht Koschützke, Eszter Kováts, Nele Lämmer, Nora Langenbacher, Kathrin Meißner, Julia Müller, Dr. Paul Pasch, Patrick Rüther, Christina Schildmann, Katrin Schömann, Dr. Beyhan Sentürk, Sebastian Sperling, Susanne Stollreiter, Dr. Klaus-Peter Treydte, Gaby Wittpohl

Lektorat: Heike Herrberg

Grafische Gestaltung: Andrea Schmidt • Typographie/im/Kontext, Dominik Ziller • DZGN

Programmierung: Alexander von Falkenhausen • af-works.com

Gesamtkoordination und -redaktion des Infobriefs: Franziska Korn, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Verantwortlich: Bettina Luise Rürup, Leiterin des Referats „Forum Politik und Gesellschaft“, Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin
Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin